



# Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

## PROTOKOLL

Sitzung Nr. 7  
Dienstag, 9. Mai 2006  
17:02 - 19:44 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube  
Genehmigt:

---

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Rolf Amstad Erwin Sutter	SP EDU
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 47 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Thomas Feurer Paul Dill Bernhard Egli	SVP OeBS
Anfang der Sitzung:	Thomas Hauser Katrín Hauser-Lauber Christian Hablützel Edgar Mittler Dr. Cornelia Stamm Hurter	FDP FDP SP FDP SVP
Schluss der Sitzung:	Jacqueline Lagler Christoph Lenz Rainer Schmidig	SP SP EVP

---

## TRAKTANDEN

1	<b>VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 7'900 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 "Merishausertal"</b>	<b>Seite 210</b>
2	<b>VdSR Perspektiven finanzielle Entwicklung der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)</b>	<b>Seite 221</b>

<b>3</b>	<b>Motion Martin Egger (FDP): Leistungsvereinbarung Stiftung Hallen für neue Kunst</b>	Nicht behandelt
<b>4</b>	<b>Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Möglichkeiten stehen dem Stadtrat zur Verfügung, sich für den Erhalt bzw. den Ausbau der Trolleybusse einzusetzen?</b>	Nicht behandelt
<b>5</b>	<b>Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen</b>	Nicht behandelt

**PENDENTE GESCHÄFTS:**

<b>EINGANG</b>	<b>TITEL DES GESCHÄFTES</b>	
07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
23.08.05	Motion Martin Egger (FDP): Leistungsvereinbarung Stiftung Hallen für neue Kunst	
07.03.06	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Möglichkeiten stehen dem Stadtrat zur Verfügung, sich für den Erhalt bzw. den Ausbau der Trolleybuslinien einzusetzen?	
07.03.06	Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen	
11.04.06	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
20.04.06	Interpellation Mitglieder des Grossen Stadtrates der ständigen Kommission für soziale Belange Thomas Hauser (FDP), Iren Eichenberger (OeBS), Theres Brambrink (FDP): Arbeit statt Rente	
24.04.06	Jahresrechnung sowie Bericht und Kommentar 2005 der Stadt Schaffhausen und Leistungsauftrag Pilotabteilungen Jahresbericht 2005 der Stadt Schaffhausen	GPK
25.04.06	VdSR Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen Anerkennung des Halbtaxabonnements	SPK
09.05.06	Motion Edgar Zehnder (SVP): Massnahmen gegen den Missbrauch von Sozialhilfe	

**2006 Kleine Anfragen:**

<b>3</b>	<b>Dr. Raphaël Rohner (FDP)</b>	<b>Einführung von Strategiegesprächen zwischen Stadtrat und Fraktionen/ Parteien</b>	<b>15.02.06</b>
<b>4</b>	<b>Stephan Schlatter (SVP)</b>	<b>Schulhaus Breite: Wie weiter?</b>	<b>20.01.06</b>
<b>5</b>	<b>Dr. Raphaël Rohner (FDP)</b>	<b>Vorkehrungen der Stadtverwaltung betreffend Pandemievorsorge</b>	<b>21.02.06</b>
<b>6</b>	<b>Mariann Keller (SP)</b>	<b>Zukünftiges Nutzungskonzept am Platz Schaffhausen</b>	<b>16.03.06</b>
<b>7</b>	<b>Peter Neukomm (SP)</b>	<b>Erweiterung der Sammlung Ebnöther</b>	<b>25.04.06</b>

## BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

---

### Traktandum 1      **VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 7'900 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 „Merishausertal“**

---

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 28. März 2006, den Antrag sowie die Beilage in der Schlussabstimmung mit **37 : 2 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 8161 „Merishausertal“ im Umfang von ca. 7'900 m2 im Baurecht an die Firma Remondis Schweiz AG, 8212 Neuhausen am Rheinfall, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 28. März 2006 genannten Bedingungen zu.

### Traktandum 2      **VdSR Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007 der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)**

---

Auf Antrag der FDP/JFDP/CVP-Fraktion und der SVP/JSVP/EDU-Fraktion beschliesst der Grosse Stadtrat mit **25 : 18 Stimmen Nichteintreten** und **Rückweisung** der Vorlage vom 13. September 2005 an den Stadtrat.

---

## BEGRÜSSUNG DES PRÄSIDENTEN

**Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** eröffnet die erste Ratssitzung nach den Frühlingsferien, die Ratssitzung Nr. 7, mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne. Speziell begrüsst der Ratspräsident Susanne Kobler (SVP), die heute zum ersten Mal im Grossen Stadtrat ist und wünscht ihr viel anregende und möglichst wenig aufregende Stunden im Parlament. Dass das Wort Parlament mit parlare (sprechen) zu tun hat, wird sie wohl bald erfahren. Paul Dill (SVP), ebenso neues Ratsmitglied, kann wegen seiner bereits vor der Wahl in den GrSR geplanten Ferien nicht an der heutigen ersten Ratssitzung teilnehmen.

**Dr. Paul Bösch (OeBS)** gibt bekannt, dass im Verlauf der heutigen Ratssitzung eine Delegation aus der Stadt Zug, unter der Führung des Stadtschreibers Arthur Cantieni Einsitz nehmen wird. Da in Zug die Einführung eines Ratssekretariats diskutiert wird, möchten sie gerne bei uns schnuppern. Das Büro wird sich anschliessend mit dem Besuch aus Zug zu einem Gedankenaustausch treffen.

## MITTEILUNGEN DES PRÄSIDENTEN

### **Neu eingegangene Geschäfte:**

VdSR Bericht über die hängigen Motionen vom 11.04.06. Das Büro schlägt vor, dieses Geschäft usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zu überweisen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

VdSR Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen - Anerkennung des Halbtaxabonnements vom 25.04.06. Das Büro schlägt vor, dieses Geschäft einer 9er SPK zur Vorberatung zu überweisen. Einladende Fraktion: OeBS/EVP.

**Urs Tanner (SP)** möchte eine kurze Begründung, weshalb eine 9er SPK und nicht wie letztes Mal eine 13er Kommission vorgeschlagen wurde.

**Dr. Paul Bösch (OeBS)** argumentiert, dass zwar einige Änderungen anstehen und daher nicht die GPK, sondern eine 9er SPK vom Büro zur Vorberatung vorgeschlagen wurde. Jedoch sind die Änderungen nicht so gewichtig, dass eine grössere SPK gerechtfertigt wäre. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

#### **Änderung in der SPK Fussballstadion:**

Jacqueline Lagler (SP) wird anstelle von Käthi Tanner-Winzeler (SP) Einsitz in der SPK nehmen.

#### **Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:**

- VdSR Bericht über die hängigen Motionen vom 11.04.06
- VdSR Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen - Anerkennung des Halbtaxabonnements vom 25.11.06
- Interpellation von den Mitgliedern des GrSR in der ständigen Kommission für Soziale Belange, unterzeichnet von Thomas Hauser (FDP): Arbeit statt Rente vom 20.04.06. Diese Interpellation wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.
- Motion von Edgar Zehnder (SVP): Massnahmen zum Missbrauch von Sozialhilfe vom 09.05.06. Auch diese Motion wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung figurieren.
- Kleine Anfrage Nr. 7/2006, Peter Neukomm (SP): Erweiterung der Sammlung Ebnöther vom 25.04.06
- Antwort des Stadtrates auf die Kleine Anfrage Nr. 2/2006, Käthi Tanner-Winzeler (SP): Zuständigkeiten bei Schulhausumbauten
- Einladung zur Vernissage vom Freitag, 12.05.06, 18.30 Uhr, im Münster: Rückkehr der Nellenburger-Grabplatten ins Münster
- Jahresrechnung sowie Bericht und Kommentar 2005 der Stadt Schaffhausen und Leistungsauftrag Pilotabteilungen Jahresbericht 2005 der Stadt Schaffhausen
- Mitgliederverzeichnis sowie Sitzordnung des GrSR per 01.05.06
- Orientierung über Modalitäten der Sitzungsgelder aus der Finanz-/Personaladministration
- Neuformulierte Anträge der SPK Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007 der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)
- Jahresbericht 2005 des VJPS, Verein für Jugendprobleme und Suchtmittelfragen

#### **PROTOKOLL**

Das Protokoll Nr. 6 vom 4. April 2006 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsicht auf. Es werden keine Anmerkungen gemacht.

#### **TRAKTANDENLISTE**

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen

keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1      VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 7'900  
m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 "Merishausertal"**

---

**Alfred Zollinger (SVP)**

**Sprecher der GPK**

"Die Baurechtsinteressentin, die REMONDIS Schweiz AG, ist seit 1994 im Kanton Schaffhausen tätig und erbringt Entsorgungsdienstleistungen von Sonderabfällen in der Photoindustrie, in graphischen Betrieben und im Gesundheitswesen.

Die REMONDIS AG & Co. KG ist eines der grössten privaten Dienstleistungsunternehmen der Wasser- und Kreislaufwirtschaft für Kommunen, Industrie, Handel und Gewerbe, wurde 1934 gegründet und beschäftigt heute rund 15'000 Mitarbeiter in 19 Ländern. Die Firma gehört zur international tätigen Rethmann-Gruppe, zusammen mit der Logistikfirma Rhenus (im Herblingertal) und dem Bio-Industrieunternehmen Saria.

Die Baurechtsinteressentin, REMONDIS Schweiz AG, ist heute in Neuhausen und Genf domiziliert und beschäftigt an diesen beiden Standorten insgesamt 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die heutigen Standortbedingungen sind für eine weitere Entwicklung nicht geeignet, weshalb die REMONDIS Schweiz AG einen neuen Standort sucht. Dort soll die Existenz gesichert, die Betriebsabläufe verbessert sowie die Entfaltungsmöglichkeiten garantiert werden, wozu sich ein Neubau auf dem zur Diskussion stehenden Baurechtsgrundstück bestens eignet. Ebenfalls kann damit die Logistik, dank der Nähe zu der Auf- und Ausfahrt der N4, erheblich verbessert werden. Ein erster Schritt hinsichtlich zukünftigem Wachstum hat die REMONDIS Schweiz AG mit der Übernahme der Urs Sigrist AG, Beringen (7 Arbeitsplätze), getan, die einerseits in fast allen Gemeinden des Kantons für das Sammeln von Glas und Dosen zuständig ist und andererseits für Industrie- und Gewerbeabfälle spezialisiert ist.

Somit würde die REMONDIS Schweiz AG am neuen Standort die folgenden Dienstleistungen erbringen:

- Gesamtentsorgung von Sonderabfällen in der graphischen und photographischen Industrie
- Gesamtentsorgung von Sonderabfällen im Gesundheitswesen
- Abfallmanagementmandat für Industriestandorte
- Entsorgung von Gewerbe- und Industrieabfällen
- Verwertung von Wert- und Sekundärrohstoffen
- Verkauf von Containern und Mulden

Oder etwas detaillierter:

Die Photochemikalien werden entsilbert und für den Einsatz in der Zementindustrie konditioniert. Das Rohsilber wird in der Scheideanstalt (auswärts stationiert) raffiniert und als sekundärer Rohstoff verkauft. Die weiteren Sonderabfälle werden entgegengenommen, triagiert, nötigenfalls neu konditioniert und der Endentsorgung, beziehungsweise Verwertung zugeführt.

Die Wertstoffe Papier, Karton und Folien sowie Kunststoffe werden ebenfalls sortiert, neu konditioniert und einer Verwertung zugeführt. Das Glas wird getrennt nach

Farben gesammelt, zwischengelagert und in der entsprechenden Glashütte verarbeitet.

Per Saldo: Es ist kein Entsorgungsplatz mit Deponien und Abfallhalden im Freien, sondern eine Wiederaufbereitungstätigkeit, die mehrheitlich im geschlossenen Bereich stattfinden wird und danach die Weiterleitung zur Weiterentsorgung an andere Orte verlangt. Es finden auch keine Verbrennungsprozesse statt.

Der Produktions-, beziehungsweise Verarbeitungsprozess verursacht kein Abwasser und keine Emissionen, was von der REMONDIS Schweiz AG auch schriftlich bestätigt worden ist.

Zu berücksichtigen sind die sehr strengen, gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen in dieser Branche, die Gegenstand des Baubewilligungsverfahrens sein werden, die eingehalten werden müssen, damit die Betriebsbewilligung erteilt wird.

Die REMONDIS Schweiz AG, zurzeit in Neuhausen am Rheinflall domiziliert, sowie die Urs Sigrist AG in Beringen sind Firmen, deren Arbeitsabläufe und –prozesse bekannt sind und welche die gesetzlichen Auflagen bereits heute erfüllen. Die bisherigen Tätigkeiten werden beibehalten. Neues kommt nicht dazu.

Das in Rede stehende Grundstück zur Abgabe im Baurecht umfasst ungefähr 7'900 m<sup>2</sup>. Es ist eine Teilfläche der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 im „Merishausertal“, welche eine Gesamtfläche von 30'000 m<sup>2</sup> aufweist. Die Vertragsbedingungen sind in der Vorlage unter Punkt 3, ab Seite 2 unten, aufgeführt, weshalb ich auf weitere Details verzichte.

Ich muss einzig noch darauf hinweisen, dass auf Seite 4, bei Planung/Projektierung, am Schluss des Satzes *Die planerischen Grundlagen sind vor Beginn der Projektierungsarbeiten mit folgenden Verwaltungsabteilungen* noch das Wort *abzusprechen* zu ergänzen ist. Ich gehe aber davon aus, dass Sie alle diesen kleinen Aufmerksamkeitstest bereits bestanden haben.

Die GPK hat dieses Baurecht an ihrer Sitzung vom 12. April 2006 behandelt. Fragen zu Emissionsbelastungen, Gewässerschutz, Aufbewahrung der Abfälle aus dem Spitalbereich und Arbeitsabläufe wurden gestellt und von Stadtrat Peter Käßler sowie Albert Tanner, Bausekretariat, kompetent beantwortet.

Die Vorlage wurde mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, gutgeheissen und zuhänden des Grossen Stadtrates verabschiedet. Vorbehalten wurde, dass diese Vorlage heute nur behandelt werden kann, wenn keine schwerwiegenden Einwände hinsichtlich Baurechtabgabe aus den erst später abgehaltenen Fraktionssitzungen erfolgen, was nicht der Fall war.

Deshalb bitte ich Sie, dieser Baurechtsvergabe zuzustimmen. Einerseits ermöglichen wir damit einer neuen Firma in Schaffhausen, der REMONDIS Schweiz AG, ihren Betrieb auf die Zukunft auszurichten und andererseits an einem Standort zusammenzufassen und die Arbeitsabläufe zu optimieren.

Mit dieser Neuansiedlung verlegt die REMONDIS Schweiz AG ihr Steuerdomizil nach Schaffhausen und 25 Arbeitsstellen kommen zusätzlich ins „Merishausertal“. Es ist geplant, aufgrund der beabsichtigten Entfaltungsmöglichkeit weitere 8 –10

Arbeitsplätze zu schaffen. Dies sind Arbeitsplätze, die wir in Schaffhausen gut gebrauchen können, da diese grösstenteils nicht für hoch qualifizierte Arbeitskräfte vorgesehen sind, und dafür haben wir Nachholbedarf.

### **Fraktionserklärung SVP/JSVP/EDU**

Unsere Fraktion ist erfreut, dass mit der Abgabe dieses Baurechts 25 Arbeitsplätze ins Merishausertal kommen und von der Baurechtsinteressentin, der REMONDIS Schweiz AG, beabsichtigt ist, weitere Schritte zu tun, um zusätzlich 8 – 10 Arbeitsplätze zu schaffen. Wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass diese Arbeitsplätze für nicht zu hoch qualifizierte Arbeitskräfte geschaffen werden. Auch solche Arbeitsplätze benötigen wir dringend in Schaffhausen.

Gerne nehmen wir auch davon Kenntnis, dass die REMONDIS Schweiz AG bei Erhalt des Baurechtes ihr Steuerdomizil nach Schaffhausen verlegen wird. Wir sind uns auch bewusst, dass die Probleme Emissionen, Gewässerschutz, Deponie etc. zu berücksichtigen sind, was aber Sache des Baubewilligungsverfahrens ist.

Wir sind überzeugt, dass die sehr strengen, gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen durch die Baurechtinteressentin eingehalten werden, was ja bereits am alten Standort in Neuhausen erfüllt wurde, ansonsten ja keine Betriebsbewilligung erteilt worden wäre. Unsere Fraktion steht voll hinter der Vorlage des Stadtrates, wird darauf eintreten und dieser einstimmig zustimmen. “

### **Rainer Schmidig (EVP)**

### **Fraktionserklärung OeBS/EVP**

”Ich habe den detaillierten Ausführungen des GPK-Präsidenten nichts hinzuzufügen. Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und der Baurechtsvergabe zustimmen.

Unsere anfänglichen Bedenken, bei der Vergabe der doch sehr grossen Fläche im Merishauertal wurden durch die versprochenen niederschweligen Arbeitsplätze zerstreut. Wir hoffen, dass diese auch wirklich eingerichtet werden, und die Stadt neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen erhält. “

### **Susanne Günter (FDP)**

### **Fraktionserklärung FDP/JFDP/CVP**

”Vom Baureferat sind wir in der GPK sehr umfassend über das Projekt und auch über die Tätigkeiten der Firma Remondis Schweiz AG, die das Baurecht beantragt, informiert worden. Der GPK-Präsident, Alfred Zollinger, hat uns alle sehr ausführlich orientiert.

Um es vorweg zu nehmen, die FDP/JFDP/CVP-Fraktion tritt auf diese Vorlage ein und wird ihr zustimmen. Auch wir haben dieses Baurecht in der Fraktion sehr ausführlich und kritisch hinterfragt und behandelt, ist man doch eher skeptisch gegenüber einer Firma, deren Haupttätigkeit in der Entsorgung, respektive der Wiederaufbereitung liegt.

Da es sich bei der Remondis Schweiz AG jedoch um eine Firma handelt, die bereits ihren Geschäftssitz in Neuhausen hat, die man kennt und die in Umweltfragen noch nie von sich reden gemacht hat, haben wir uns leichter für die Abgabe des Baurechts entscheiden können. Es zeigt sich auch, dass eine Firma mit weltweiter Geschäftstätigkeit wie die Gruppe, der die Remondis Schweiz AG angehört, erstens grosse Erfahrung in diesem Sektor mit sich bringt und zweitens gerade in Fragen der

Entsorgung sich nichts leisten darf.

Die Umweltfragen sind soweit abgeklärt worden und wie in der Vorlage auf Seite zwei ersichtlich, werden beim Produktions- wie beim Verarbeitungsprozess keine Emissionen frei. Das Abwasser wird auch nicht tangiert. Spezialabfälle, besonders auch solche aus dem Gesundheitswesen, werden in einem geschlossenen Kreislauf bearbeitet.

Zu reden gab bei uns viel mehr die Wertschöpfung. Die ungefähr 5 - 35 Arbeitskräfte stehen nicht im erwünschten Verhältnis zur Grösse des Areals. Die Zeiten, wo eine Firma auch intensiv Arbeitskräfte beschäftigen und bezahlen konnte, sind mit dem Wettbewerbsdruck und der Automatisierung endgültig vorbei, ganz besonders in unseren Breitengraden. Unserer Auffassung nach wäre es aber zum jetzigen Zeitpunkt verfehlt, dieser Firma eine Absage zu erteilen. Wir müssen auch die positiven Punkte sehen. Der grössere Anteil der Mitarbeiter sind keine hoch qualifizierten Arbeitskräfte. Diese Firma bietet Mitarbeitern mit geringerer Qualifikation Arbeitsplätze an, auch solche Firmen fehlen uns mitunter, die gering qualifizierten Arbeitskräften eine Chance bieten. Dann ist noch das Steuerdomizil zu beachten, laut Vorlage wird dies neu in der Stadt Schaffhausen sein, was zudem ein Zuckerchen darstellt.

Die FDP/JFDP/CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, diese Vorlage ebenfalls zu unterstützen und ihr zuzustimmen. “

### **Mariann Keller (SP)**

### **Fraktionserklärung SP/AL**

”Die Firma Remondis Schweiz AG ist seit 1994 im Kanton Schaffhausen tätig. Es handelt sich also um eine Firma, die bekannt ist und bisher als sauberer Entsorgungsbetrieb funktioniert hat. Dem Wunsch einer in der Region bereits angesiedelten Firma, sich weiterzuentwickeln und dem Markt anzupassen, muss sicherlich Rechnung getragen werden. Ausserdem sind wir alle - mehr oder weniger - an der Abfallproduktion beteiligt. In diesem Sinne tragen wir Mitverantwortung für die fachgerechte Entsorgung und Wiederverwertung dieses Abfalls.

Trotzdem sind innerhalb der SP/AL-Fraktion bei der Prüfung rund um die Baurechtsvergabe einige kritische Aspekte diskutiert worden.

Die Parzelle ist relativ gross im Verhältnis zu den geschaffenen Arbeitsplätzen. Ein Grossgrundstück wird mit dieser Baurechtsvergabe aufgeteilt, das ursprünglich für grössere Gewerbeansiedlungen vorgesehen war. Offensichtlich konnten diese trotz verschiedener Anstrengungen nicht gefunden werden.

Im “Merishausertal” haben sich diverse Handwerksbetriebe angesiedelt, die neue Firma fällt da ziemlich aus dem Konzept.

Wichtiger erscheinen uns aber die Umweltfragen rund um die Produktions- und Verarbeitungsprozesse. Aus der Vorlage geht nicht eindeutig hervor, was diese im Detail enthalten.

Fragen zur möglichen Umweltbelastung wurden bereits in der GPK ausführlich diskutiert. Trotz den in der GPK erwähnten, strengen gesetzlichen Auflagen durch ALU bezüglich Luft und Gewässerschutz, fehlt eine vorgängig genauere Prüfung durch den Stadtökologen. Dieser wird in der Regel erst während der

Baubewilligungsphase in beratender Funktion beigezogen.

Eine globalere Beurteilung wäre von der SP/AL-Fraktion ausdrücklich *vor* der Baurechtsvergabe gewünscht worden, da der Einfluss zu einem späteren Zeitpunkt weniger gewichtig ausfallen würde.

Beim kantonalen Labor wurden Erkundigungen über die Arbeitsweise der Firma Remondis Schweiz AG eingeholt. Dieses stellt der Firma ein gutes Zeugnis aus.

Diese Prüfung lässt den Schluss zu, dass die Vorschriften ausreichen, damit durch die Verarbeitungsprozesse keinerlei Luft- oder Gewässerverschmutzung verursacht wird. Spezialabfälle werden in einem streng geschlossenen Kreislauf aufbewahrt und verarbeitet.

Da sich die Remondis Schweiz AG in einem gekündigten Mietverhältnis in Neuhausen befindet, ist ein neuer Standort dringlich. Dies allein schliesst aber die umweltpolitischen Kriterien nicht aus. Diese müssen sorgfältig und verlässlich geprüft werden. Da sich die Geschäftstätigkeit jederzeit ändern kann, wäre hier sogar eine ökologische Beurteilung des Konzerns sinnvoll. Leider kann diese Prüfung aus zeitlichen Gründen nicht stattfinden.

Ich hoffe, dass sich während der heutigen Diskussion einige Fragen diesbezüglich klären lassen. Je nach Ausgang werden wir uns vorbehalten, ob wir das Geschäft zurückweisen werden.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Haltung der SP/AL-Fraktion geteilt ausfallen wird. “

**Erwin Sutter (EDU)**

**Votum**

”Da die Firma Remondis Schweiz AG als Entsorgungsfirma Sonderabfälle und insbesondere Photochemikalien und Photoabwässer behandelt, werden in den vorgesehenen Räumlichkeiten grössere Mengen von giftigen und Wasser gefährdenden Materialien aufbewahrt. Beim Baubewilligungsverfahren müssen die potentiellen Gefahren eingehend berücksichtigt werden, um zu verhindern, dass die Umwelt bei An- und Abtransport, sowie auch im Falle von Betriebsstörungen kontaminiert werden kann. Die gesetzlichen Vorschriften für Lagerung und Transport müssen in jedem Fall strikt eingehalten werden. Da im Betrieb auch mehrere nicht qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt werden, müssen die Aspekte der Arbeitssicherheit durch das Arbeitsinspektorat sorgfältig überwacht werden. Beim Umgang mit Sonderchemikalien ist auf Personenschutz besonderer Wert zu legen.

In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, ob die Firma Remondis eine Zertifizierung nach einem Umweltmanagementsystem wie ISO 14001 hat oder sie anstrebt. Vielleicht kann der SPK-Präsident diese Frage beantworten. Diese Punkte möchte ich dem zuständigen Stadtrat und der begleitenden Baukommission auf den Weg geben und sie daran erinnern, dass hier besonders verantwortungsbewusst gehandelt werden muss. Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion ist - wie bereits angetönt - der Meinung, dass diesem Aspekt die grösste Bedeutung zukommt. “

**Urs Tanner (SP)**

**Votum**

”Es freut mich, dass EDU-Kollege Erwin Sutter die Bedeutung des Umweltaspektes angetönt hat, weil er sich wahrscheinlich in dieser Materie mehr auskennt wie ich. Ich

bin ein bekennender Dilettant und verstehe die Vorgänge, welche in der Vorlage auf Seite 2 beschrieben sind, nicht.

Als Feierabendpolitiker möchte ich den Umgang mit Sonderabfall so beschrieben haben, dass ich - sowie mein neunjähriger Sohn - sämtliche Vorgänge verstehe. Ich zitiere von Seite 2 der Vorlage wie folgt:

- Gesamtentsorgung von Sonderabfällen der graphischen und photographischen Industrie
- Gesamtentsorgung von Sonderabfällen im Gesundheitswesen
- Abfallmanagementmandat für Industriestandorte
- Entsorgung von Gewerbe- und Industrieabfällen
- Verwertung von Wert- und sekundären Rohstoffen
- Verkauf von Containern und Mulden

Ich möchte für diese Vorgänge eine A4-Seite des Stadtökologen, welcher mir *verständlich* einen ökologischen "Persilschein" vorlegt. Die Delegation an die Baubewilligung ist ohne Zweifel ein juristisches Verfahren. Aber wir im Stadtparlament sagen ja oder nein, und darum müssen wir diese Information haben. Es könnten ja Tatsachen auftreten, die im Baubewilligungsverfahren "durchgehen", die wir jedoch politisch nicht wollen. Die Delegation an eine juristische Kontrollinstanz reicht mir nicht. Ich muss es verstehen, wie es jede Bürgerin und jeder Bürger auch verstehen möchte, wenn er die zitierten Vorgänge liest.

Wenn von Seiten des Baureferenten keine zusätzlichen Informationen kommen, kann ich dieser Vorlage nicht zustimmen. Wenn ich den "Persilschein" hätte, welcher wahrscheinlich zufriedenstellend ausfallen würde, könnte ich der Vorlage gut zustimmen. "

Der **Ratspräsident** informiert an dieser Stelle, dass sich bezüglich der Erfahrungen mit *verbalix* gezeigt hat, dass die Distanz zu den Pulten der Stadträtin und der Stadträte zu gross für eine gute Verständlichkeit ist und bittet deshalb den Stadtrat, seine Voten weiterhin vom Stehpult aus zu halten.

### **SR Peter Käppler**

### **Stellungnahme des Stadtrates**

"Ich hoffe, dass die Distanz nur zu verbalix und nicht zu Ihnen und zum Volk zu gross ist. Zuerst möchte ich mich bei den Votanten und dem GPK-Präsidenten für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme dieses Baurechtes bedanken.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Ansiedlung der Firma Remondis Schweiz AG im "Merishausertal" ein guter Standort ist. Wir verstehen die teilweise geäusserten Befürchtungen, können Sie jedoch beruhigen, dass das Projekt keine Gefährdung der Umwelt mit sich bringt, und der Standort für die Firma optimal und vernünftig ist.

Der Stadtrat hat Verständnis dafür, dass gewisse Ängste bei der Ansiedlung eines Betriebes mit Abfallbehandlung geweckt werden und Bedenken entstehen können. Auch innerhalb des Baureferates und des Stadtrates wurden im Vorfeld der Ausarbeitung dieser Vorlage solche Aspekte erwogen.

Wie bereits von Mariann Keller festgehalten, muss eine Gesellschaft, die Abfall produziert, sich auch um die ordnungsgemässe Entsorgung dieser Abfälle kümmern. Zudem wird es immer wichtiger und macht ökologisch Sinn, dass die im Abfall

enthaltenen Wertstoffe wieder zurück gewonnen werden, anstatt zu verbrennen oder irgendwo zu entsorgen.

Die Technologie der Abfallbehandlung hat in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht und dank dieser neuen Methoden gehen heute von modernen Betrieben, in welchen Abfälle behandelt werden, keine höheren Emissionen aus als von anderen Produktionsbetrieben. Die Anforderungen an solche Betriebe sind heute hoch - Erwin Sutter hat die ISOS-Zertifizierung erwähnt - und werden von den kantonalen Amtsstellen überwacht und stetig kontrolliert. Dies gilt für staatliche wie auch für private Betriebe. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die neue Anlage ARA-Röti, die gegenüber früher heute fast ein "cleaner" Betrieb geworden ist.

Die Firma Remondis Schweiz AG, welche mit dem Neubau ihre Aktivitäten in der Region und der Schweiz an einem Ort zusammenlegen will, ist keine Unbekannte. Der Betrieb in Neuhausen am Rheinfall, der ins "Merishausertal" verlegt werden soll, erhält vom kantonalen Labor gute Zeugnisse, welches auch bestätigt, mit der Firma Remondis gute Erfahrungen gemacht zu haben. Bislang seien alle Auflagen erfüllt worden.

Die Firma Remondis Schweiz AG ist ein Recycling Unternehmen und eine Tochterfirma der Remondis Medison GmbH mit Sitz in Lünen, welche wiederum zum deutschen Rethmanns Konzern gehört, wie auch die in Schaffhausen ansässige Firma Rhenocast, die sich mit Transportlogistik beschäftigt. Es handelt sich um keine unbekannte Firma und deshalb bestehen für die Stadt keine Bedenken, einen unverlässlichen Partner an Land zu ziehen. Es wurde auch schon erwähnt, dass die Hauptniederlassung von Neuhausen am Rheinfall neu ins "Merishausertal" verlegt wird, eine kleine Niederlassung in Genf wird weiterhin bestehen.

Die Firma verfügt über internationale Erfahrungen und ist in Deutschland in der Abfallentsorgung stark verankert. In Deutschland erfüllt sie in gewissen Gemeinden die gesamte Entsorgung, wo Privatisierungsbewegungen im Gegensatz zur Schweiz viel weiter fortgeschritten sind. In der Schweiz beschäftigt sich die Firma mit dem Recycling aller Abfälle, die in der bildverarbeitenden Industrie anfallen, seit ungefähr 5 Jahren ist die Entsorgung von medizinischen Sonderabfällen als zweites Standbein dazugekommen. Allerdings beschränkt sich diese Tätigkeit ausschliesslich auf das Sammeln von Abfällen, die in einem Spital oder in einer Arztpraxis anfallen. Es erfolgt keine Aufbereitung dieser medizinischen Sonderabfälle, sondern nur eine Zuführung an die Endentsorgung.

Da auch durch die Digitalisierung immer weniger Fotochemikalien zu recyceln sind, hat sich die Firma zum Generalisten entwickelt und betreut ebenso Kunden aus anderen Industriezweigen. Oft tritt die Firma als Gesamtentsorger auf, die sich um alles kümmert, was an Abfällen anfällt, jedoch entsorgt und behandelt sie nur die Fotochemie selbst. Die übrigen Abfälle werden an die jeweiligen Spezialisten weitergegeben oder der Endentsorgung zugeführt.

Remondis Schweiz AG ist im Moment im Gebäude der Firma Gawaplast im Gewerbegebiet Rundbuck in Neuhausen am Rheinfall eingemietet und muss - wie bereits erwähnt - dort ausziehen.

Was beim Verfassen der Vorlage noch nicht offiziell war, ist mittlerweile durch die Medien bekannt geworden. Remondis hat per April 06 die Firma Urs Sigrist AG in Beringen übernommen. Diese bekannte Firma beschäftigt sich hauptsächlich mit

dem Transport und der Entsorgung von Gewerbeabfällen, Inertstoffen, Glas und PET. In der Firma ist auch ein Muldenhandel integriert.

Die Urs Sigrist AG ist in Beringen auf dem Grundstück von Urs Sigrist beheimatet. Um diese zwei Firmen an einem Standort zu vereinen, möchte Remondis den Neubau realisieren. Auch über die Firma Urs Sigrist ist bisher nichts Negatives bekannt.

Das Projekt ist in der Planung bereits weit fortgeschritten. Vorgesehen ist ein Neubau mit einer Halle mit 2700 m<sup>2</sup> überbauter Fläche, ohne Unterkellerung. Stirnseitig zur Strasse gibt es einen zweistöckigen Bürotrakt. Hinter den Büros befinden sich die Verarbeitungs- und Triagierzonen sowie das Tanklager für Photochemikalien. Nach dem Tanklager sind zwei Andockstationen für LKW geplant, dahinter das Lager, wo verschiedene nicht giftige Abfälle und Wertstoffe gelagert werden. Es entstehen jedoch keine relevanten Lärm- oder Luftemissionen. Es handelt sich dabei um folgende Stoffe:

Aluminiumdruckplatten, Röntgenbilder, graphische Filme, Holz, Kunststoffe, Elektronikschrott, Leuchtstoffröhren und Papier sowie diverse Neugebinde, die zur Entsorgung der Sonderabfälle gebraucht werden.

Ausserdem steht im Lager eine Presse für Folien, Papier und Karton, diverse Kunststoffe können ebenso geschreddert werden. Auch hier sind keine relevanten Emissionen zu erwarten.

Im Aussenbereich an der Südseite sind vier überdachte Lagerboxen für verschiedene Stoffe, die in loser Schüttung transportiert werden. Dies sind zum Beispiel Weissblechdosen, Altmetall, Holz, PET oder Aluminium.

Gegenüber sind drei Boxen für Altglas. In diesem Bereich werden Lärmemissionen beim Be- und Entladen der LKW entstehen und an heissen Tagen ist mit Geruchsemissionen zu rechnen, da das Glas immer etwas Restflüssigkeit enthält.

An das Glaslager angrenzend ist das Speziallager für brennbare Flüssigkeiten wie Öl, Lösungsmittel und Druckfarben. Die Stoffe werden in Fässern oder Tanks gelagert. Somit sind auch hier keine Geruchs- oder Lärmemissionen vorhanden.

Ich möchte noch kurz auf die hauptsächlichen Tätigkeitsbereiche der Firma eingehen. Allerdings weiss ich nicht, ob es mir gelingt, Urs Tanner die Detailprozesse genügend erklären zu können. Viele Firmen erklären aufgrund des Betriebsgeheimnisses ihre Prozesse nicht detailliert. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass von Seiten der kantonalen Behörden bestätigt wird, dass keine Umweltschäden auftreten werden.

Hauptsächliche Arbeit der Firma sind:

#### 1. Photochemikalien:

Diese werden in Fixier- und Bleichfixierelektrolysen entsilbert (ca. 2,5 g pro Liter). Hier entstehen geringe Emissionen von Ammoniak in niedriger Konzentration, was im Bereich der Entlüftung und Filterung gelöst werden muss.

#### 2. Sonderabfälle:

Sonderabfälle wie Lösungsmittel, Öle, Farben und Chemikalienreste werden bei den

Kunden eingesammelt, beprobt, zwischengelagert und, sobald eine Transporteinheit entstanden ist, der Endentsorgung zugeführt.

### 3. Medizinische Sonderabfälle:

Diese werden nur eingesammelt und entweder direkt einer Kehrichtverbrennungsanlage zugeführt oder neu konditioniert und dann einer KVA zugeführt.

### 4. Glas:

Die Glascontainer in den Gemeinden (neu auch für die Stadt Schaffhausen) werden mit einem LKW entleert und anschliessend in grössere Einheiten umgefüllt und in die Glashütte gefahren.

Wichtig ist, dass die Bestimmungen des Gewässerschutzes eingehalten werden und bei einem Störfall keine Chemikalien in die Kanalisation gelangen können.

### Verkehr:

Dank der guten Lage des Grundstückes kann der grösste Teil des Verkehrs über die A4 abgewickelt werden. Es werden somit keine Fahrten durch die Stadt Schaffhausen erfolgen. Total ist mit 40 Fahrten pro Tag zu rechnen, wovon 7 auf Lastwagen und 33 auf Kleintransporter oder Privatwagen des Personals entfallen.

Die Planung für den Neubau laufen auf Hochtouren, ebenso die Abklärungen betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung. Das Baugesuch wird kurz nach Erteilung des Baurechts durch den GrSR an den SR eingereicht werden. Im Verfahren für das Baugesuch werden auch alle notwendigen Fragen geklärt werden können. Die Stadt stellt entsprechende Anträge, welche Bedingungen eingehalten werden müssen, die Baubewilligung für eine gewerbliche Baute sowie die abfallrechtliche Betriebsbewilligung erteilt der Kanton. Das Verfahren ist sehr anspruchsvoll, auch für die Firma Remondis. Der Umweltverträglichkeitsbericht ist ebenso Bestandteil des Baugesuches. Die Baubewilligung wird erst erteilt, wenn sämtliche Bedingungen vollumfänglich erfüllt sind.

Es erfolgt auch der bereits von Urs Tanner erwähnte Einbezug des Stadtökologen. Zum heutigen Zeitpunkt könnte der Stadtökologe auch keine Aussage machen, da die nötigen Details des Projektes erst anlässlich des Baubewilligungsverfahrens offen gelegt werden.

Sie sehen, dass das komplexe Verfahren absolut sichergestellt ist. Darüber hinaus handelt es sich bei der Firma Remondis um ein in der Region renommiertes Unternehmen, das neu seinen Geschäftssitz und sein Steuerdomizil in der Stadt Schaffhausen haben wird. Die Firma bietet Gewähr für einen sicheren Betrieb. Alle bisherigen in Neuhausen am Rheinfall bereits bekannten Geschäftstätigkeiten werden weitergeführt, es entstehen keine neuen Verfahren und Prozesse.

Zum Thema Wertschöpfung kann ich nur ergänzen, dass bereits heute im "Merishausertal" viele grossflächige Betriebe mit wenig Arbeitsplätzen ansässig sind. Remondis bietet immerhin 25 Arbeitsplätze an. Das "Merishausertal" ist ein klassische Gewerbegebiet und die Firma Remondis passt optimal in diese Zone. Für die Stadt sehr wichtig ist die Tatsache, dass einige niederschwellige Arbeitsplätze angeboten werden.

Ich hoffe, Ihre offenen Fragen mit meinen Ausführungen weitmöglichst beantworten

zu können und stelle Ihnen jederzeit - nach Bedarf - weitere Dokumente zur Verfügung. Auch während des Baubewilligungsverfahrens besteht das Mitspracherecht des Volkes.

Abschliessend hoffe ich, dass Sie trotz Bedenken dem vorliegenden Baurecht zustimmen können. Durch den hochkomplexen Baubewilligungsprozess werden sämtliche Auflagen und rechtlichen Bedingungen garantiert. Der Stadtrat ist überzeugt, mit der erfahrenen Firma Remondis einen verlässlichen Partner zu haben und empfiehlt Ihnen die Zustimmung zur Vergabe des Baurechtes. “

**Urs Tanner (SP)****Votum**

”SR Peter Kämpfer ist den Umgang mit dummen Leuten gewöhnt. Es tut mir leid, ich bleibe weiterhin dumm. Der Umweltverträglichkeitsbericht ist in Arbeit, und es besteht auch keinerlei Misstrauen gegenüber dem Baubewilligungsverfahren sowie den involvierten Instanzen.

Meine politischen Bedenken sind jedoch weiterhin vorhanden, und ich stelle hiermit den **Antrag**, das Geschäft an die GPK zurückzugeben und in einem Monat, mit ausführlichen Details ergänzt, zur erneuten Diskussion in den Rat zu stellen. Ich möchte das Geschäft aus den bereits ausgeführten Gründen nicht an den Stadtrat zurückweisen. “

**Alfred Zollinger (SVP)****Votum**

”Ich möchte den Antrag, das Geschäft in die GPK zurückzuweisen und in einem Monat nochmals zu präsentieren, hiermit klar und deutlich zurückweisen. Meiner Meinung nach handelt es sich hier nicht um Dummheit, sondern um offensichtliche Sturheit.

Ich möchte folgenden Satz aus meinen Ausführungen nochmals wiederholen: *Die bisherigen Tätigkeiten werden beibehalten und Neues kommt nicht hinzu*, was auch von SR Peter Kämpfer ausdrücklich bestätigt wurde.

Wenn die zur Frage stehende Firma an ihren jetzigen Standort Neuhausen am Rheinfall eine entsprechende Bewilligung nicht vorlegen könnte, wäre ihre Geschäftstätigkeit gar nicht möglich. Die Firma Urs Sigrist AG in Beringen ist ebenso bestens bekannt.

Auf Anfrage hat das kantonale Labor - wie Mariann Keller bereits sagte - nur gute Erfahrungen mit der Firma Remondis gemacht, da diese sämtliche notwendigen Auflagen erfüllt habe. Angesichts dieser Ausgangslage bin ich überzeugt, dass die im bevorstehenden Verfahren notwendigen Bedingungen vollumfänglich erfüllt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt will die Firma Remondis Schweiz AG wissen, wie es in Zukunft weitergehen soll. Sie befindet sich in einem gekündigten Verhältnis.

Ich stelle den Gegenantrag, diese Baurechtsvorlage heute zu behandeln. Die Firma Remondis Schweiz AG hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie sie in Schaffhausen empfangen wird. “

**Dr. Raphaël Rohner (FDP)****Votum**

”Wir vom bürgerlichen Lager her möchten festhalten, dass wir die soeben

beschriebenen Argumente selbstverständlich akzeptieren. Der Grosse Stadtrat ist jedoch zuständig für die Gewährung eines Baurechtes und Sie haben vom zuständigen Baureferenten eingehend erklärt erhalten, welche zusätzlichen Instrumente zur Verfügung stehen und selbstverständlich zur Anwendung kommen, um die Sicherheit zu haben, dass umweltschutztechnisch keinerlei Bedenken vorhanden sein müssen.

Es geht hier vielmehr um eine politische Frage, die zu klären ist. Ich finde es falsch, wenn wir in einer Zeit, wo wir nach wie vor froh dafür sein müssen, endlich auch einmal wieder niederschwellige Arbeitsplätze zu bekommen, von denen wir wissen, weil der frühere Standort war ja bereits im Kanton Schaffhausen, dass entsprechende Abklärungen schon getätigt wurden, dass sie unbedenklich sind. Die Signalwirkung, die in die Welt gesendet würde, auch wenn es nur eine kleinere Umgebung betrifft, wäre eindeutig falsch: Schaffhausen ist zu kritisch, wenn es politisch darum geht, eine Neuansiedlung zu genehmigen.

Ich gehe mit Ihnen einig, die rechtlichen Voraussetzungen - und dies möchte ich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich betonen - müssen in jeder Beziehung vollumfänglich erfüllt sein. Der Grosse Stadtrat ist nicht für die Bau- und Betriebsbewilligung zuständig. Der Stadtrat hat bereits erwähnt, dass entsprechende Zusatzanträge seitens der Stadt gestellt werden können. Eine Verzögerungstaktik ist nicht angesagt und könnte mithin allenfalls ein Projekt gefährden oder Signale in allfälligen Kreisen setzen, dass Schaffhausen ein falscher Standort sei, und dies wiederum wäre ebenso falsch.

Wenn Sie schon einen "Persilschein" wollen, möchte ich Sie daran erinnern, dass seinerzeit das Waschmittel "Persil 70" für "Weisser als weiss" geworben hat, und dies ist aus Umweltschutzgründen problematisch. Ihr Antrag ist meines Erachtens wirtschaftspolitisch schädlich und daher ebenso problematisch. "

### **SR Peter Käppler**

### **Stellungnahme Stadtrat**

"Es ist kritisch, wenn wir bei der Vergabe eines Baurechtes detaillierte Unterlagen einfordern, weil im vorliegenden Fall die ganze Projektierung schon sehr weit fortgeschritten und unser Wissensstand bezüglich Geschäftstätigkeit entsprechend hoch ist, weil die zur Diskussion stehende Firma in Neuhausen am Rheinfall seit längerem reibungslos funktioniert. Der geplante Umzug ins "Merishausertal" untersteht der strengen Aufsicht des Amtes für Lufthygiene- und Umweltschutz. Es handelt sich ja nicht um die Einführung neuer Prozesse. Die die Geschäftstätigkeit umfassenden Prozesse liegen bereits detailliert dokumentiert vor und könnten nach Bedarf hier vorgelesen werden. Ich empfehle Ihnen, in die involvierten Behörden das nötige Vertrauen zu haben, welche sehr gute Arbeit leisten. Ich garantiere Ihnen, dass auch die politische Behörde alles Interesse daran hat, dass der vorgeschriebene strenge gesetzliche Rahmen eingehalten wird. "

**Urs Tanner (SP)** hält an seinem **Antrag** fest. In der anschliessenden **Abstimmung** wird dieser Antrag mit **29 : 6 Stimmen** abgelehnt.

**EINTRETEN** ist somit beschlossen.

### **DETAILBERATUNG**

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die VdSR vom 28.03.06 Seiten 1-5 sowie den Antrag und die Beilage (Situationsplan "Merishausertal") wie folgt:

### **ANTRAG**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 8161, „Merishausertal“, im Umfang von ca. 7'900 m<sup>2</sup> im Baurecht an die Firma Remondis Schweiz AG, 8212 Neuhausen, zu den in der Vorlage genannten Bedingungen zu.

*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

### **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat stimmt der VdSR vom 28.03.06 sowie dem Antrag mit 37 : 2 Stimmen zu.

**Das Geschäft ist erledigt.**

## **Traktandum 2      VdSR Perspektiven finanzielle Entwicklung der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)**

---

**Edgar Zehnder (SVP)**

**Sprecher der SPK**

"Die Spezialkommission Perspektiven finanzielle Entwicklung traf sich am 11. Januar dieses Jahres zur ersten Kommissionssitzung im Feuerwehrzentrum Schaffhausen. Zwei weitere Sitzungen folgten am 6. März und 3. April im Mehrzweckraum im Altersheim am Kirchhofplatz.

Ich durfte eine Kommission präsidieren, die ein doch sehr delikates Thema in gerade mal drei Sitzungen erledigte. Als ich mich für diese Aufgabe „überreden“ liess, befürchtete ich eine zweite Kommission Herrenacker mit einer unendlichen Geschichte. Es wurde zwar bis jetzt keine unendliche Kommissionsarbeit, aber der Erfolg, das will ich gleich vorwegnehmen, blieb aus.

Vorab möchte ich aber Stadträtin Veronika Heller für die kompetenten Auskünfte während der Kommissionsarbeit danken. Mein Dank gilt weiter den Herren Thomas Jaquet und Werner Bianchi für die Aufarbeitung der Unterlagen. Vielen Dank auch an Frau Ursula Peter für die prompten und korrekten Protokolle.

Bei der Vorstellung der Vorlage erinnerte Stadträtin Heller ans traditionelle Bleigiessen unseres Ratspräsidenten. Das Orakel „dreieckiges Horn“, das sich damals formte, versprach wachsende Einnahmen. Zitat der Stadträtin: *"Da kann es ja nur noch besser werden"*.

Die Finanzreferentin verwies auf ihre Legislatorschwerpunkte 2005-2008: *„Der Haushalt ist im Gleichgewicht und die Investitionsfähigkeit ist verbessert.“*

Diese Ziele seien ein gesetzlicher Dauerauftrag. Mit der Vorlage „Perspektiven Finanzielle Entwicklung“ mache der Stadtrat dem Parlament einen Vorschlag, welcher zu diskutieren sei. Dass dabei nicht alle das Gleiche wollen, liege wohl in der Natur der Sache, beziehungsweise eines Parlamentes.

Wenigstens damit hatte die Finanzreferentin den Nagel auf den Kopf getroffen. Am 15. Januar 2002 wurde die Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“ im Namen der Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP und SVP/EDU vom Parlament überwiesen. Dabei wurde, wie die meisten sicher noch wissen, ein Bericht und Antrag verlangt über:

- Möglichkeiten zur weiteren Senkung der Steuerlast
- Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung
- Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld
- Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Verwaltungskosten in der Grössenordnung von 10% zu reduzieren.

Am 10. September 2002 antwortete der Stadtrat auf eine vom Motionär Peter Wullschleger zusätzlich eingereichte Kleine Anfrage: Ich zitiere: *“Die Motion verlangt - nebst der Lösung des Problems der Quadratur des Kreises - nichts anderes, als die kontinuierliche Fortsetzung einer Daueraufgabe des Stadtrates und der Verwaltung. Nebst den bestehenden Instrumenten und der geplanten etappenweisen Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget, erfordert die Umsetzung der Motion keine weiteren, separaten Massnahmen“.*

Soweit die Ausführungen des Stadtrates.

Nun steht es mit WoV ja nicht gerade so, wie die Regierung dies 2002 gedacht hatte. Frau Heller wies in ihrer Vorstellung der Vorlage darauf hin, dass wir uns in einer Zeit der Kurzfristigkeit und Kurzlebigkeit befinden, weshalb sich unser vorliegendes Papier auch nur auf die Jahre 2006 und 2007 beschränke. Sie sei weiter überzeugt, dass der Stadtrat sein oberstes Ziel in der Finanzpolitik, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt, erreicht habe. Im Weiteren erwähnte sie die engen Rahmenbedingungen, welche der Stadtrat kaum bis gar nicht beeinflussen könne. Auf kantonaler Ebene seien dies vor allem das Projekt “sh.auf”, diverse Entlastungsprogramme, der Finanzausgleich sowie das Nationalbankgold, auf Bundesebene die NFA sowie ebenfalls verschiedene Entlastungsprogramme - alles Ungewissheiten in Millionenhöhe.

In der Schlussfolgerung unserer Vorlage antwortete der Stadtrat auf die Frage 4 der Motion Wullschleger wie folgt: *„ Die verlangte Reduktion der Verwaltungskosten um mindestens 10% sei ohne Leistungsabbau nicht realisierbar. Für einen allfälligen Leistungsabbau müsste sich im Parlament jeweils eine Mehrheit finden lassen.“*

Mit der Weiterleitung dieser Vorlage an das Parlament will der Stadtrat einen Teil der Motion Wullschleger erfüllt haben. Es bedürfe nun einer finanzpolitischen Agenda, welche von uns genehmigt werden soll. Der Antrag 2 sieht somit einen Auftrag des Stadtparlamentes an den Stadtrat vor, um eine Optimierungsvorlage mit folgenden Schwerpunkten ausarbeiten zu können:

- a) Reduktion wiederkehrender Aufwendungen
- b) Devestition entbehrlicher Liegenschaften
- c) Objektsteuern zur Abschreibung neuer Investitionen, die nicht die Bereiche Alter, Soziales, Bildung und Jugend betreffen sowie Punkt
- d) Verwendung der frei werdenden Mittel im Sinne der Drittelsregelung für Schuldenabbau, nachhaltige Investitionen und Abbau der Steuerbelastung.

Die Eintretensdebatte zeigte eine ernüchternde Situation. War vor allem auf linker

Seite anfänglich noch die Rede von „*man muss auf diese Vorlage eintreten, damit über die einzelnen Punkte diskutiert werden kann und strategische Vorschläge eingebracht werden können*“, wiesen die weiteren Sitzungen rasch in ein Trauerspiel mit sehr unglücklichem Ausgang.

So wurde immer klarer, dass man auf der einen Seite gar nicht auf die Motion Wullschleger eingehen wollte. Vielmehr sollte diese unsägliche Motion sehr rasch vom Tische gewischt werden. Dazu war selbst das Rezept „*Eintreten auf eine unbrauchbare Vorlage*“ gut genug.

Auf beiden Seiten wurde das Papier als gute Arbeit und Auslegeordnung empfunden. Es fehlte den bürgerlichen Kommissionsmitgliedern aber der zweite und dritte Teil der Vorlage, nämlich die strategische Richtungsweisung und konkrete Vorschläge. Wir befinden uns bereits in der ersten Hälfte 2006 und die Perspektiven sollten nicht länger als bis 2007 hinhalten. Der gesteckte Zeitrahmen von 2006/2007 schien vielen trotz der kurzlebigen Zeit als zu kurzfristig.

Unklar war sich die Kommission auch darüber, ob die Vorlage die Motion Wullschleger erfüllen müsse, oder ob wir vielmehr entscheiden durften, ob wir auf diese Vorlage eintreten wollten oder nicht. Wenn der Rat heute auf diese Vorlage eintreten sollte, wie dies eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder vorschlägt, wäre somit die Motion Wullschleger abgeschrieben, sei dies mit oder ohne den überwiesenen Auftrag vom 15. Januar 2002.

Nach einer ausführlichen und sehr konträr geführten Eintretensdebatte wurde schlussendlich gegen die bürgerliche Minderheit mit 7 : 6 Stimmen Eintreten beschlossen. Da wir die zweite Sitzung erst anfangs März angesetzt hatten, war genügend Zeit dazwischen, um sich zu der verfahrenen Situation einige Gedanken zu machen. Die bürgerliche Seite hatte in ihren Eintretensvoten mehrfach betont, dass auch bei Weiterbehandlung der Vorlage konstruktiv mitgearbeitet wird. Für Viele fehlten offensichtlich weitere Details, um die vom Stadtrat gewünschten konkreten Massnahmen vorzuschlagen.

Dieser Umstand bewog mich während der Ferienzeit, weitere Unterlagen von der Verwaltung einzufordern. So wünschte ich

- Aktuelle Devestitionsplanung
- Aktuelleren und längerfristigen Finanzplan
- Ergebnisse der in der Vorlage erwähnten Kadertagung 2004
- Zu erwartende Auswirkung aus dem NFA

Nach einer doch eher destruktiven Grundhaltung auf linker Seite liess ich an der zweiten Sitzung über drei Szenarien abstimmen:

- a) Sistierung der Weiterbearbeitung der Vorlage
- b) Weiterfahren mit der Detailberatung
- c) Anfordern der vier gewünschten Unterlagen

Die Punkte a und c wurden wieder mit 7 : 6 Stimmen abgelehnt. Nun war auch mir klar, dass mit den vorhandenen Unterlagen in die Detailberatung gestartet werden musste, obwohl damit kein Match zu gewinnen war.

An der dritten und letzten Sitzung vom 3. April 2006 wurden diverse

Verständnisfragen, vor allem von linker Seite ohne eigentliche Bedeutung, noch anstandshalber gestellt. Die Meinungen waren aber bereits gemacht, die kompetenten Antworten und Ergänzungen seitens der Verwaltung konnten den Ausgang des dritten Aktes unseres Trauerspiels aber keineswegs mehr positiv beeinflussen.

Der Höhepunkt des Theaters brachte schlussendlich die Schlussabstimmung, bei der ich die Kommissionsmitglieder voller Ernstes fragen musste, ob sie mich eigentlich verulken wollen. Der belanglos formelle Antrag 1 wurde dann mit **7** Ja-Stimmen aus dem bürgerlichen Lager gegen 0 Nein-Stimmen angenommen. Die linke Kommissionsmehrheit hatte sich der Stimme enthalten.

Der Antrag 2 mit den Schwerpunkten a - d des Stadtrates wurde zu meiner weiteren Verwunderung mit 11: 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, von allen Kommissionsmitgliedern abgelehnt.

Verwundert war ich vor allem deshalb, weil bis zu diesem Zeitpunkt kein brauchbarer neuer Antrag gestellt wurde. Peter Möller (SP) outete sich mit einem zusätzlichen dritten Antrag, der verlangte, dass mit dieser Vorlage die am 15. Januar 2002 erheblich erklärte Motion Wullschleger abzuschreiben sei. Diesem Antrag wurde wieder mit dem zu erwarteten Resultat von 7 : 6 Stimmen stattgegeben. Der neue Antrag 3 liegt auf Ihren Pulten auf.

Antrag 2 wäre meines Erachtens auf diesem Blatt zu streichen, da er von der Kommission abgelehnt wurde.

Schlussendlich war dies die unbefriedigendste Kommissionsarbeit, die ich je miterlebt habe. Dass ich dieses Trauerspiel aber noch präsidieren durfte, ist für mich eine doppelte Ohrfeige. Ich frage mich, wie man eine Kommission drei Sitzungen lang hinhalten konnte. Am Schluss sind keine konkreten Massnahmen erreicht worden. Ich möchte bis hierhin als Kommissionspräsident keine Partei ergreifen, aber eines muss doch noch gesagt werden. Kein bürgerliches Mitglied hatte während den drei Sitzungen auch nur den Hauch einer Chance, mit konkreten und konstruktiven Vorschlägen die Vorlage zu einem guten Ende zu führen. Jeder noch so kleine Kompromissvorschlag wurde mit 7 : 6 Stimmen verworfen. Aus der anderen Hälfte kam nichts - ausser dem Antrag von Peter Möller - nicht einmal Unbrauchbares. Unbrauchbare Handlungen im Rat abzugeben, entspricht zwar demokratischem Recht, meine Damen und Herren auf der linken Ratsseite, aber entspricht nicht meiner Auffassung von seriöser Ratsarbeit, welcher wir dem Volk gegenüber verpflichtet sind. Alle Bemühungen, Listen und Zahlen, welche die Verwaltung seit 2002 mühsam aufgearbeitet hat, sind somit für nichts und bleiben ohne jeden Wert. Die Vorlage hat wirklich nicht überzeugt, das Papier, das wir heute aber dem Rat zur Abstimmung vorlegen, ist ein Armutszeugnis dieser Kommissionsarbeit.

Nichtsdestotrotz muss ich Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Spezialkommission beantragen, auf die Vorlage einzutreten. Die Anträge 1 und 3 empfiehlt die Kommission zur Annahme, der Antrag 2 hingegen sei abzulehnen.

Da ich mir schlussendlich als Kommissionspräsident nicht vorwerfen lassen will, ich hätte nicht neutral berichtet, komme ich nun zur **Fraktionserklärung** der **SVP/JSVP/EDU**, bei der ich sagen kann, was ich will.

Die Vorlage hat uns, wie schon erwähnt, wirklich nicht überzeugt. Es fehlt an konkreten Vorschlägen. Sie ist im Grunde genommen nichts weiter als ein gutes Grundlagenpapier. Dieses zeigt auf, wie es um die städtischen Finanzen steht, warum es uns nicht gut oder besser gehen kann und dass schlussendlich das Parlament mit seinen Entscheidungen Schuld an der schlechten Finanzlage sei.

Die Vorlage ist kurz gesagt ein Jammerpapier mit vielen Zahlen und Begründungen. Die von allen bürgerlichen Parteien getragene Motion Wullschleger hat klare Forderungen und Ziele vorgegeben. Seit 2002 windet sich die Finanzreferentin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, um die angehefteten Binden wieder loszuwerden. Dies ist ihr mindestens in der linksdominierten 13er Spezialkommission glänzend gelungen. Monatweise wurde sie von bürgerlicher Seite gedrängt, die Vorlage endlich ins Parlament zu bringen. Laufend wurden wir wieder mit neuen Terminen vertröstet, welche wieder nicht gehalten werden konnten. Gut Ding will Weile haben, könnte man glauben, wäre man in der Zwischenzeit nicht eines Besseren belehrt worden. Die Motion mit der Forderung der Quadratur des Kreises sei, ginge es nach der Kommissionsmeinung, abzuschreiben, ohne darauf in ihrer Sache eintreten zu müssen. Eintreten ohne Ergebnis war das klare Ziel. Hut ab vor diesem Spiel des Nichtstuns, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wahres Meisterstück der Strategie. Vorzuwerfen ist dieses Vorgehen zwar nicht unserer Finanzreferentin direkt. Indirekt aber gleichwohl, da dieses Papier in keiner Art und Weise einer sonst vom Stadtrat gewohnten Vorlage entspricht. Sie selbst, Frau Stadträtin, haben in ihren Unterlagen das Drehbuch für die linken Ratsdarsteller so geschrieben oder schreiben lassen, dass die Motion nach Ihrem Wunsch zumindest teilweise ohne Massnahme abgeschrieben werden könnte. Da brauchte es auf der Gegenseite wohl nicht mehr viel Scharfsinn, um mit dem Gedanken zu spielen, die Motion gleich ganz abzuschreiben, ohne überhaupt auf eine gestellte Forderung eintreten zu müssen.

Dass gerade Peter Neukomm immer wieder die alte Leier auspackt, die Motion sei nicht motionswürdig, erstaunt mich schon ein wenig. Hat nicht er selbst zur Zeit der Motionseinreichung im Jahre 2001 diesen Rat präsiert und hätte bereits damals mit juristischer Schlaueit, die ich ihm nicht absprechen möchte, die Motion im Büro gar nicht entgegennehmen müssen? Jahre später die unliebsamen Forderungen mit dem Allerweltsheilmittel „nicht motionswürdig“ niederschmettern zu versuchen, scheint mir doch eine recht billige und fragliche Pille. Ich bin mir auch nicht mehr sicher, wieso der Umschwung der linken Kommissionsmitglieder in der zweiten Sitzung plötzlich so deutlich wurde, hatte man ja, wie erwähnt in der ersten Sitzung, noch wie zu erwarten gewesen wäre, Bereitschaft signalisiert, mit dem Eintreten die Möglichkeit zu schaffen, über konkrete Vorschläge zu debattieren, um die schmalbrüstige Vorlage des Stadtrates doch noch zu einem befriedigenden Ende zu bringen. Plötzlich war nichts mehr von diesem Vorhaben vorhanden, und ich glaube mich im falschen Film.

Wir sprachen anfänglich noch von einer Kommissionsmotion, um dem schwächtigen Grundlagenpapier noch etwas Speck anzubringen. Davon wollte aber plötzlich von der linken Seite niemand mehr etwas wissen. Da hege ich doch den Verdacht, dass mit böser Absicht, aus einer Hand vorbereitet, dieser Stimmungswechsel eingeläutet wurde. Solche Theaterspiele, wie sie in dieser Spezialkommission aufgeführt wurden, sind unserer Ratsarbeit nicht würdig. Ich habe mich als Präsident echt mit dem Gedanken getragen, im Rat (ich weiss allerdings nicht, ob dies rechtens wäre) eine Auswechslung der Mitglieder zu beantragen, um konstruktive Lösungen zur Vorlage zu erhalten. Ich habe dies aber doch nicht getan, weil ich annehmen durfte,

dass der Entscheid des Widerstandes parteiintern abgesprochen wurde, und ich somit die Kommissionsarbeit nur sinnlos verlängert hätte.

Mein neues Ziel war also, so rasch wie möglich mit diesem Paket vor den Rat zu treten, mit der Hoffnung, heute, mit einer hoffentlich bürgerlichen Mehrheit, das ganze nochmals an den Stadtrat zurückweisen zu können.

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion beantragt Ihnen geschlossen, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, auf die Vorlage „Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007 der Stadt Schaffhausen“ nicht einzutreten, diese an den Stadtrat zurückzuweisen und verlangt gemäss Art. 54 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates die ganze Aufrechterhaltung der Motion Wullschleger. “

### **Dr. Raphaël Rohner (FDP)**

### **Fraktionserklärung FDP/JFDP/CVP**

”Die Erwartungshaltung war – nachdem sich der Stadtrat doch einige Zeit gelassen hat seit Erheblicherklärung der Motion Wullschleger am 15. Januar 2002 – recht gross, als die Fraktionen und Mitglieder des Grossen Stadtrates kurz vor den Herbstferien 2005 die stadträtliche Vorlage Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/07 der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen) zugestellt erhielten.

Erklärte Absicht unserer Fraktion war es denn auch – zumal die genannte Motion von den bürgerlichen Fraktionen gemeinsam erheblich erklärt worden war – mit Sorgfalt und sachbezogen die erwartete finanzpolitische Strategieplanung zu analysieren, zu diskutieren und anschliessend in der Spezialkommission und hier im Rat zu beraten.

Nach eingehendem Studium der Vorlage musste indessen sehr schnell festgestellt werden, dass es sich zwar um eine umfassende Auslegeordnung der Ausgangslage mit einer Darlegung der externen Einflüsse und Rahmenbedingungen sowie der bisher schon eingeleiteten Massnahmen handelt, dass aber von der Finanzreferentin, in eigentlich materieller Hinsicht weder Antworten noch gar Lösungsvorschläge zu den in der Motion gestellten Aufträgen vorgelegt werden.

Wir kommen denn nicht umhin, feststellen zu müssen, dass die Vorlage die Forderungen der Motion nicht einmal in Ansätzen erfüllt. Und das bedauern wir sehr, wäre sie doch eigentlich Anlass dazu gewesen, ein Paket mit klar strukturierten, konzeptionell verbindlichen Lösungsansätzen zur mittel- und langfristigen Sanierung des städtischen Finanzhaushaltes anzubieten und zur politischen Diskussion zu stellen.

Bereits anlässlich der Budgetdebatte habe ich im Namen unserer Fraktion explizit darauf hingewiesen und auch moniert, dass unser Verständnis von Finanzpolitik wohl ein etwas anderes zu sein scheint, als es die Finanzreferentin hat und wie sie es in dieser stadträtlichen Vorlage zu Ausdruck bringt.

Finanzpolitik heisst für uns auch auf kommunaler Ebene

- nicht nur erklären, warum sich etwas so oder anders verhält
- und weswegen sich die Ausgaben- und Einnahmeseiten in Budget und Rechnung so oder anders entwickelt haben oder entwickeln werden,

sich im Übrigen aber weitgehend einer Aussage zu einer eigentlichen Strategie des

Handlings der finanzpolitischen Führungsinstrumente und deren Ausrichtung im Hinblick auf eine klare Zielerreichung zu enthalten.

Es heisst für uns

- klar definierte und mit Zahlen substantiierte Zielsetzungen vorzulegen,
- verbunden mit einem ebenso klar strukturierten inhaltlich kohärenten Paket an Massnahmen und Entscheidungen,

worüber dann Parlament und unter Umständen je nach Tragweite der zu fällenden Entscheidungen auch die Stimmbevölkerung zu befinden und – ich betone dies an dieser Stelle – auch die politische Mitverantwortung zu tragen haben.

Wenn ich von Mitverantwortung spreche, dann meine ich auch explizit uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, denn es ist für mich ebenso klar, dass auch wir – wenn wir schon solche Forderungen in Bezug auf die Aufgabenerfüllung des Stadtrates und des Finanzreferates stellen – in die Verantwortung einbezogen sind und sie auch wahrzunehmen haben. Das habe ich schon mehrfach in diesem Saal betont und es ist mir ein Anliegen, dies hier und heute noch einmal zu wiederholen, um allfällige Missverständnisse bereits von allem Anfang an auszuschliessen.

Mit dieser Haltung sind wir denn in die Verhandlungen der 13-er Spezialkommission gestiegen, mussten dann aber zu unserem grossen Bedauern sehr bald feststellen, dass die Linksparteien zwar über keine substanziellen Vorschläge als Alternative zu der eben fehlenden Strategie des Finanzreferates aufzuweisen hatten, indessen eine sich sehr schnell abzeichnende Strategie im Hinblick auf die möglichst formale Erledigung der Vorlage und damit auch der Abschreibung der Motion Wullschleger.

Kommissionspräsident Edgar Zehnder hat Ihnen bereits aufgezeichnet, wie unbefriedigend die Verhandlungen in der Kommission verlaufen sind.

Im Gegensatz zu den Vertreterinnen und Vertretern der Ratslinken haben wir bereits an der ersten SPK-Sitzung unsere Absichten transparent gemacht:

- Nichteintreten und Rückweisung an den Stadtrat aus den Gründen, die ich bereits skizziert habe und auf die ich im Einzelnen noch näher eintreten werde;
- Für den Fall, dass Nichteintreten beschlossen würde, die Bereitschaft unserer Parteien und Fraktionen, bei der Vorbereitung des von uns geforderten Gesamtpaktes zur Sanierung des städtischen Finanzhaushaltes aktiv und konstruktiv in den zu bildenden vorberatenden Gremien mitzuwirken, um eine von einer möglichst breiten politischen Basis getragene und damit mehrheitsfähige Vorlage in den Grossen Stadtrat vorzubereiten;
- Für den Fall eines Eintretens auf diese Vorlage unsere Bereitschaft, sie im Rahmen der Beratungen der SPK zu ergänzen und zu verbessern.

Nachdem Eintreten mit 7 : 6 Stimmen beschlossen wurde, wünschten wir Vertreter der bürgerlichen Fraktionen im Hinblick auf die soeben angeführte beabsichtigte Nachbesserung, beziehungsweise Ergänzung der Vorlage in der SPK an der zweiten Sitzung verschiedene hierfür notwendige Unterlagen, nämlich

- eine aktuelle Devestitionsplanung
- einen aktualisierten Finanzplan

- eine Zusammenfassung der Ergebnisse der in der Vorlage mehrfach erwähnten Entscheidungen der Kadertagung von Stadtrat und Kader der Stadtverwaltung im Jahre 2004
- eine Übersicht über die – gemäss jetzigem Kenntnisstand – zu erwartenden finanziellen Auswirkungen der NFA.

Weder die Finanzreferentin noch die übrigen Mitglieder der SPK erachteten es für nötig, darauf einzutreten und diesem meines Erachtens durchaus sinnvollen Begehren auf Ergänzung der Unterlagen zuzustimmen. Es wurde darüber abgestimmt und jeweils mit dem Stimmenverhältnis von 7 : 6 Stimmen abgelehnt.

Spätestens in diesem Zeitpunkt war denn auch die Absicht der Kommissionmehrheit, die mit derjenigen der Finanzreferentin übereinstimmt, offensichtlich: Jede auch nur ansatzweise materielle Beratung und Ergänzung der Vorlage sollte verhindert und die Vorlage in Ausnützung der Mehrheitsverhältnisse möglichst schnell „vom Tisch gewischt“ werden.

Und dies obschon an der 1. Kommissionssitzung noch seitens eines Mitgliedes der SP-Fraktion gar von der Erarbeitung einer Motion der SPK gesprochen wurde. Alles schien vergessen zu sein.

In dieser Situation stellen wir uns als Fraktion – und ich mir aber auch als einzelner Parlamentarier - die für Aussenstehende und insbesondere für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt wohl nicht ganz unberechtigte Frage, wo denn hier der konstruktive Ansatz sein soll.

So kann es doch einfach nicht gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Unsere Fraktion hält an ihrer Ansicht fest: Sie vermisst in der stadträtlichen Vorlage ein auf einer eigentlichen finanzpolitischen Strategie basierendes, inhaltlich kohärentes und vernetztes Gesamtpaket, beinhaltend nachhaltige Massnahmen

- zur Verhinderung einer erneuten Verschuldung,
- zum weiteren Abbau der ungedeckten Schuld,
- zur Weiterführung der eingeleiteten Verwaltungsstrukturreformen.

Unser Ziel muss es sein,

- der Stadt wieder den für eine prosperierende Entwicklung nötigen finanziellen Handlungsspielraum sicherzustellen und zwar nicht nur für einen kurz-, sondern für einen mittel- und langfristigen Horizont,
- durch deutliche Steuersenkungen zur weiteren Attraktivierung als Wohn- und Wirtschaftsstandort beizutragen,
- gleichzeitig das Investitionsvolumen erheblich zu erhöhen.

Um diese ambitiöse, aber sehr wohl realistische Zielsetzung zu erreichen, genügen indessen nicht nur punktuell ansetzende Massnahmen sondern es ist, vergleichbar wie es der Kanton mit seinem erfolgreichen Projekt ESH2 umgesetzt hat, ein Paket zu schnüren, das sämtliche finanzpolitisch relevanten Bereiche umfasst und das damit nachhaltig greifen kann.

Ich wiederhole einmal mehr, was im Übrigen auch in Zeiten, wo wie jetzt die konjunkturellen Trends positiv verlaufen, gelten muss, zumal man in gewissen Kreisen schnell wieder geneigt ist, sich in Bezug auf Fragen der Alimentierung der Staatskasse auf die Hoffnung nach erhöhten Steuereinnahmen zuzufolge

Wirtschaftswachstums zu kaprizieren, und dabei leicht vergisst, dass der Finanzhaushalt auch mittel- und langfristig auf einer gesamthaft gesunden Basis stehen muss und zwar auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite:

Ein gesunder städtischer Finanzhaushalt mit entsprechend guten Rahmenbedingungen und klaren Aussagen zur finanzpolitischen Strategie wird sich auch als positiver Impuls für unsere Stadt und die ganze Region auswirken. Und gerade das haben wir aufgrund all der strukturellen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre in unserer peripheren Lage nötiger denn je, das wissen wir alle.

Erst ein gesunder Finanzhaushalt ermöglicht es uns auch, neue Investitionen zu tätigen und die öffentlichen Dienstleistungen auf einem qualitativ hohen Niveau zu erhalten oder gar zu verbessern, was im Standortwettbewerb der Gemeinden und Städte eines der zentralen Argumente ist, wie ja auch immer von der Ratslinken betont wird.

Ein gesunder, in seiner Entwicklung verlässlicher Finanzhaushalt, wird uns aber auch die dringend notwendigen Steuerentlastungen ermöglichen, welche sich – im Sinne eines Returns of Investment – wiederum mittel- und langfristig nachhaltig und positiv auf die Entwicklung der städtischen Finanzen auswirken und wiederum eine weitere Verbesserung der Dienstleistungen und vermehrte Investitionen ermöglichen wird. Da, wo das Steuerklima günstig ist und auch Handlungsspielraum für Investitionen besteht, siedeln sich neue Firmen an, ist eine Zunahme privater Neuzuzüger zu verzeichnen und sind eben innert kurzer Zeit die Früchte zu ernten. Wir haben im Kanton Schaffhausen verschiedene Gemeinden, die uns in dieser Hinsicht einiges vormachen könnten.

Wir als Parlament müssen den Stadtrat in dieser wichtigsten Aufgabe, nämlich diese Ziele zu erreichen, unterstützen und haben uns materiell mit den Fragestellungen auseinander zu setzen. Hier sind wir in Pflicht wie es der Stadtrat ebenso ist, ich wiederhole auch dies.

Wir haben aber auch den Anspruch, dass eine Vorlage, welche sauber formulierte Aufträge einer erheblich erklärten Motion erfüllen soll, in den Beschlussanträgen nicht nur wie vorliegend eine Kenntnisnahme des Berichtes und einen Katalog von neuerlichen Aufträgen an den Stadtrat umfasst, wobei letztere eigentlich gerade in dieser Vorlage mit entsprechenden Vorschlägen zu geeigneten Massnahmen zu erfüllen gewesen wären. So geht es einfach nicht.

Und wenn wir dann feststellen müssen, dass in einer eigens hierfür eingesetzten SPK weder seitens der zuständigen Finanzreferentin, noch von den Vertretern der anderen Parteien – die SVP und EDU selbstverständlich hievon ausgenommen – keinerlei Bereitschaft zu einer diesbezüglichen Zusammenarbeit besteht, so bleibt uns keine andere Möglichkeit offen, als Nichteintreten und Rückweisung der Vorlage zu beantragen.

Wer meint, mit der formalen Erledigung dieser Vorlage und einer daraus abgeleiteten Abschreibung der ungeliebten Motion Wullschleger unserer Stadt und ihrer Bevölkerung einen Dienst zu erweisen, geht aus den von mir dargelegten Gründen fehl.

Indem ich namens der FDP/JFDP/CVP-Fraktion Nichteintreten beantrage, beantrage ich aber auch gleichzeitig, es sei die Motion Wullschleger nicht abzuschreiben.

Gleichzeitig und abschliessend erkläre ich hier aber auch zu Protokoll, dass unsere Fraktion im Sinne einer konstruktiven Weiterbearbeitung dieses Geschäftes bereit ist, aktiv bei der Vorbereitung des von uns gewünschten Gesamtpaketes und bei der Formulierung der finanzpolitischen Strategie mitzuwirken, soweit es in unseren Zuständigkeitsbereich fällt und vom Stadtrat gewünscht wird. Die anderen Fraktionen und Parteien sind aufgefordert, sich entsprechend zu beteiligen. “

**Christoph Schlatter (SP)****Fraktionsklärung SP/AL**

”Wie bekannt resultiert die vorliegende Vorlage des Stadtrates „Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/07 der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen) auf der Motion *Gesunde und attraktive Finanzen*, die am 15. Januar 2002 vom Parlament äussert knapp überwiesen wurde.

Die ablehnende Haltung unserer Fraktion gegenüber dieser Motion ist hinlänglich bekannt. Mit der Vorlage vom 13. September 2005 hat der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten eine gute Übersicht über die finanziellen Perspektiven der Stadt aufgezeigt. Gleichzeitig bestärken die Ausführungen des Stadtrates unsere damaligen Vorbehalte gegenüber den Forderungen der Motion.

Eine detaillierte Darstellung der Vorlage hat ihnen der Kommissionspräsident Edgar Zehnder in seinem Votum vermittelt. Ihm möchte ich an dieser Stelle für die umsichtige und speditive Leitung der Kommission danken. Der Dank gebührt auch unserer Finanzreferentin Veronika Heller, Werner Bianchi und Thomas Jaquet für die Beantwortung verschiedener spezifischer Fragestellungen, sowie Ursula Peter für das Verfassen der Protokolle. In der Folge möchte ich erläutern, weshalb die SP/AL-Fraktion für ein Eintreten auf die Vorlage plädiert.

Die Exekutive erhielt vom Parlament den Auftrag, die heute zur Diskussion stehende Vorlage auszuarbeiten. Dabei wurde es dem Stadtrat nicht leicht gemacht, denn aus dem Motionstext geht nicht konkret hervor, in welchen Bereichen die Finanzen der Stadt attraktiver und gesünder werden sollen, ohne dass dabei die Stadt massiven Schaden erleiden würde. Vermutlich waren sich die Verfasser der Motion dessen durchaus bewusst und verzichteten daher explizit auf konkrete Heilungsvorschläge. So landete der schwarze Peter beim Stadtrat.

Die Vorlage orientiert sich konsequent an diesen diffusen Erwartungen. Deshalb kann es nicht erstaunen, dass die Überweiserinnen und Überweiser der Motion nicht glücklich über den Inhalt der Vorlage sind und auf diese am liebsten gar nicht eintreten möchten. Eine Zurückweisung des Geschäftes hätte zur Folge, dass der Stadtrat dem Parlament nochmals eine identische Übersicht über die finanziellen Perspektiven der Stadt vorlegen müsste. Die Gründe dafür liegen eben darin, dass die Motion Forderungen stellt, die ausserhalb des Kompetenzbereiches der Stadt liegen. Die gebundenen Ausgaben wurden in den Forderungen ebenso wenig berücksichtigt, wie die finanziellen Perspektiven mit dem NFA.

Vielleicht ist es den Motionären damals entgangen, dass sie Forderungen an den Stadtrat richten, die sich ausserhalb des Kompetenzbereiches des Grosse Stadtrates befinden und sich deshalb nicht umsetzen lassen, beziehungsweise die Exekutive dazu keine Veranlassung sieht. Dazu gehören die Legislaturplanung, das Leitbild und die Finanzplanung.

In diesem Zusammenhang fällt mir das Stichwort Gewaltentrennung ein. Das

Parlament hätte wohl auch keine Freude, wenn der Stadtrat ihm in die Geschäftsordnung reinreden würde.

Wenn wir auf die Vorlage eintreten, erhalten wir die Gelegenheit, unsere politische Haltung nochmals explizit darzulegen. So können wir nochmals aufzeigen, weshalb die Kommissionsmehrheit den Antrag 2 gestrichen hat. Einerseits widersprechen diese Aspekte unserer politischen Haltung und andererseits gehören Aspekte wie die Frage der Devestition entbehrlicher Liegenschaften nicht in diese Vorlage, da die inhaltliche und politische Diskussion Bestandteil einer anderen Vorlage ist.

Es ist der SP/AL-Fraktion ein Anliegen, dass wir auf diese Vorlage eintreten und diese im Rat diskutieren. Obwohl wir nie für die Überweisung der Motion plädierten, respektieren wir den sehr knappen demokratischen Entscheid und stellen uns der Diskussion. Die Vorlage hat orientierenden Charakter und informiert über die oben dargelegten Gegebenheiten und Sachzwänge. Die Diskussion im Rat ist auch deshalb erforderlich, weil nochmals aufgezeigt werden kann, weshalb die Forderungen der Motion nicht durchführbar sind.

Ich möchte an dieser Stelle die 4 wichtigsten Punkte zusammenfassen, weshalb wir auf die Vorlage eintreten werden:

1. Politische Haltung

In der Detailberatung erhalten wir die Gelegenheit, unsere politischen Argumente nochmals darzulegen.

2. Auslegeordnung der Finanzen

Die Vorlage zeigt den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt auf. Bei vielen Ausgaben handelt es sich um gebundene Ausgaben, bei denen nicht beliebig gespart werden kann. Zudem zeigt die Vorlage auf, dass im Zusammenhang mit dem NFA noch vieles offen ist. Viele Aufgaben der Stadt erfüllt diese, weil sie dazu verpflichtet ist (übergeordnetes Recht. Mit Eintreten auf die Vorlage könnte dieser Umstand für diejenigen die sich zuwenig mit diesen Sachzwängen beschäftigt haben, nochmals unmissverständlich dargelegt werden.

3. Gewaltentrennung

Die verschiedenen Forderungen der Motion lassen sich deshalb nicht umsetzen, weil sie in den Kompetenzbereich der Exekutive gehören und nicht zum Aufgabenbereich der Legislative, vor allem die Legislaturplanung, das Leitbild und die Finanzplanung. Mit Eintreten auf die Vorlage könnte auch dieser Sachverhalt nochmals veranschaulicht werden.

4. Motion abschreiben

Wenn wir auf die Vorlage eintreten, bewahren wir den Stadtrat und das Parlament vor einer Wiederholung einer ähnlichen Vorlage. Die Rahmenbedingungen werden sich nicht ändern, vor allem wird die Stadt auch in Zukunft Mittel für die gebundenen Ausgaben bereitstellen müssen. Aus diesen Überlegungen heraus wird eine neue Vorlage nicht anderes daherkommen wie die Vorliegende.

Bitte treten auch Sie auf die Vorlage ein und stimmen den Änderungen zu den Anträgen der Kommission zu. “

**Alfons Cadario (EVP)****Fraktionserklärung OeBS/EVP**

„Die OeBS/EVP-Fraktion hat die Vorlage an mehreren Sitzungen besprochen. Es war schwierig, uns zur Vorlage zu äussern, hatte doch die Fraktion der Motion Wullschleger nicht zugestimmt. Die Fraktion ist der Ansicht, dass die Drittelsregelung, welche der Stadtrat vorschlägt, gut ist.“

Es ist richtig, wenn die Stadt nach einem positiven Abschluss wie im letzten Jahr auch einen Teil den Einwohnern zurückzahlen sollte. Die Motion hat nach Möglichkeiten zur weiteren Senkung der Steuerlast und zum Vorgehen eines Abbaus der ungedeckten Schuld verlangt. Die Senkung der Steuerlast ist in der Stadt aber nur mit einer Steuerfussreduktion möglich. Einerseits sind in den vergangenen Jahren verschiedene Steuergesetzrevisionen vom Kanton beschlossen worden, und andererseits ist der Steuerfuss in den letzten fünf Jahren zusätzlich von 112% auf 108% gesenkt worden. Insgesamt wurden die Steuerpflichtigen (ohne Kinderabzüge und Ehegattensplitting) um 19 Steuerpunkte entlastet. Sicher ist, dass niemand gerne viel Steuern bezahlt. Aber es macht keinen grossen Sinn, wenn die Steuern zu stark sinken, sich gleichzeitig die Gebühren erhöhen und Objektsteuern eingeführt werden.

Wir waren uns einig, dass die Steuern für die „Kerngeschäfte“ bestimmt sein sollten und allfällige „Luxusvorhaben“ über eine Objektsteuer durch das Volk bewilligt werden sollten. Zurzeit sind in der Finanzpolitik noch viele Fragen offen, wie beispielsweise der NFA, Goldmillionen, Abgeltung der Zentrumsleistungen.

Die Umstrukturierung der Stadt mit neuen Führungs- und Aufgabenstrukturen wird sicher mittelfristig die Verwaltungskosten um einige Franken entlasten. Sobald die wirkungsorientierte Verwaltungsführung eingeführt ist, kann das Parlament sicher einfacher als heute gewisse Leistungen streichen.

Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten. Aufgrund der Kommissionsarbeit, den Zeitungsartikeln und den Voten von heute wird sicher die rechte Seite des Rates auf Nichteintreten der Vorlage stimmen. Nach meiner persönlichen Ansicht wird es bei diesem Geschäft so oder so keine Sieger geben, sondern nur Verlierer.

Ich möchte mit einem Zitat schliessen und bitte Sie, dieses nicht allzu persönlich zu nehmen.

*Wie schön wäre die Welt, wenn jeder die Hälfte von dem täte, was er von anderen verlangt.*

(Kurt Götz, deutscher Schriftsteller und Schauspieler, 1888 - 1960). “

**Theresia Derksen (CVP)****Votum**

„Die in dieser Vorlage formulierten Anträge, die eine Ausarbeitung einer Optimierungsvorlage verlangen, beinhalten bereits Forderungen, die in der Motion Wullschleger enthalten sind. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb in dieser Vorlage nicht darauf eingegangen wird.“

Man kann doch nicht eine Proforma-Vorlage zu einer Motion bringen und einfach die Forderungen neu formulieren, um damit wieder einige Jahre Zeit zu gewinnen.

Diese Vorlage ist deshalb an den Stadtrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, schnellstmöglich eine akzeptable Vorlage vorzuweisen, will heissen, dass die Motion nicht abgeschrieben werden kann. “

**Susanne Günter (FDP)****Votum**

„Strategieplan Finanzen ist auf dem Titelblatt der Vorlage kleiner gedruckt und erst noch in Klammern aufgeführt. Als im Januar 2002 die Motion Wullschleger überwiesen wurde, waren wir der Auffassung, in einer Vorlage des Stadtrates konkrete Vorschläge zu erhalten, in der aufgezeigt wird, wie der Stadtrat die Umsetzung der gestellten Aufgaben erledigen will. Wir haben erwartet, dass wir handfeste Vorschläge bekommen, über die wir dann in einer Kommission befinden könnten. Bei Weitem verfehlt. Statt Vorschläge erhalten wir als Antrag die Aufforderung, dem Stadtrat erneut einen Auftrag zu überbinden.

Meine lieben Kollegen und Kolleginnen, ist das etwa die Erfüllung einer Motion? Wer ist dann zuständig für die Strategie? Ist es nur das Parlament, oder ist der Stadtrat nicht auch dafür zuständig und verantwortlich? Wenn wir das Heft zu sehr in die Hand nehmen, besonders, wenn es sich um operative Inhalte geht, macht man uns den Vorwurf, wir würden wieder mal „Stadträtli“ spielen.

In Fragen der Verwaltung ist es meines Erachtens der Stadtrat der die Führung zu übernehmen hat, uns Vorschläge unterbreiten soll, und wir dann bestimmen können, welchen Weg wir einschlagen wollen. Beide sind in der Verantwortung, Stadtrat und Parlament. Aber definierte Ziele müssen doch vom Stadtrat kommen, der kennt seinen „Laden“ besonders gut, wenn es um Fragen geht, welche die Verwaltung tangieren.

In der Motion Wullschleger wird ja auch eine Strukturreform der Verwaltung, resp. eine Senkung der Verwaltungskosten gefordert. Der Stadtrat ist dieser Frage zum Teil gefolgt, indem er gewisse Strukturveränderungen in der Verwaltung vorgenommen hat, insbesondere im Hinblick auf WoV. Aber eine Aufzeichnung wie es weiter gehen soll, fehlt völlig.

In meiner ganzen politischen Karriere - und dies ist nicht erst seit vorgestern - habe ich noch nie eine solche Vorlage bekommen, die gar nichts, aber auch gar nichts beinhaltete von dem, was man eigentlich erzielen wollte und verlangte.

Wenn ich an die Kommissionssitzungen zurückdenke, muss ich gestehen, dass sie keine Minute, die wir dort verbrachten, wert waren. Im Gegenteil, ich habe ein sehr schlechtes Gewissen, wenn ich denke, was zum Schluss aus dieser Geschichte wurde. Die einzige Strategie, die ich in dieser „Strategie-Vorlage“ erkennen kann, ist von Anfang an die Bestrebung, auf irgendeine Art und Weise die Motion Wullschleger vom Tisch zu bekommen.

Frau Finanzreferentin Heller, da haben Sie wirklich eine gute Hand gehabt, das konnte man schon bei Ihrer Antwort zur Motion erahnen, nur erhofften wir uns damals, dass sich Ihre Haltung noch ändern würde. Bedauerlicherweise stehen wir nun vor einem Scherbenhaufen. Das könnte jedoch geändert werden, wenn wir auf die Vorlage nicht eintreten, die Rückweisung an den Stadtrat verlangen und die Motion Wullschleger aufrechterhalten.

Die Sistierung ist von uns Bürgerlichen auch verlangt worden. Wir sind jedoch

überstimmt worden, wie mehrmals bereits betont wurde. In der Kommission, als Eintreten beschlossen wurde, haben wir Hand geboten, um konstruktiv an dieser an sich „sehr interessanten und herausfordernden Vorlage“ mitzugestalten und mitzuarbeiten. Aber alles verlief so destruktiv, so enttäuschend, so ohne Herzblut, dass wir in der Minderheit Stehende überhaupt keine Chance hatten, nur ansatzweise etwas Konstruktives beizutragen.

Ich hoffe, dass der Rat dies nun zu einem Besseren wenden wird, und wir per Nichteintreten die Chance haben werden, nochmals hinter diesen Auftrag zu gehen. Für mich sind diese Fragen zu wichtig, als dass wir nun alles vom Tisch fegen und „der Dinge harren, die da kommen werden“.

### **Peter Neukomm (SP)**

### **Votum**

„Ich war auch Mitglied dieser SPK und werde noch zu den Ausführungen des Präsidenten und seinem Wunsch, ihm nicht genehme Mitglieder auswechseln zu wollen, zurückkommen.

Ich habe es schon immer gesagt, aber offensichtlich haben dies viele Leute noch immer nicht begriffen. Daher wiederhole ich an dieser Stelle deutlich, welches die Probleme dieser Motion sind, und weshalb sie nicht umsetzbar ist.

Wenn Sie von uns Herzblut bei der Umsetzung einer nicht umsetzbaren Motion verlangen, die rechtlich auch nicht zulässig ist, dann ist dieser Vorwurf wirklich am falschen Ort, Susanne Günter. Sie wissen genau, dass diese Motion in die Kompetenzen des Stadtrates eingreift, - und ich bitte auch die anderen Juristen in diesem Saal davon Kenntnis zu nehmen - und gegen Art. 26 des Gemeindegesetzes, gegen Art. 25 der Stadtverfassung und gegen Paragraph 52 der Geschäftsordnung dieses Rates verstösst.

Die Forderungen, die in dieser Motion gestellt werden, fallen nicht in den Kompetenzbereich des Grossen Stadtrates. Eine Kürzung des Verwaltungsaufwandes und eine Senkung des Steuerfusses können nicht per Motion verlangt werden, sondern dafür gibt es das Instrument des Budgets. Bitte nehmen Sie diese Tatsache endlich einmal zur Kenntnis. Das mag für die Motionäre unbefriedigend sein, aber auch Leitbilder, Legislaturziele und Finanzpläne fallen in die Kompetenz des Stadtrates.

Mittels Motion kann der Stadtrat nicht zu Finanzstrategien gezwungen werden, die nur einer Hälfte des Parlamentes genehm wären. Ebenso wenig kann der Stadtrat gezwungen werden, einzelne Budgetposten zu kürzen und zu sagen, wo diese Stadt unnötige Leistungen erbringt. Diese Tatsachen müssten der bürgerlichen Seite längst bekannt sein. Die erwähnten Aufgaben gehören klar in die Budgetkompetenz des Parlamentes. Sagen Sie doch einfach, wo Sie Kürzungen wünschen. Erst dann können wir gemeinsam inhaltlich interessante Diskussionen führen.

Es erfolgte der Vorwurf, wir hätten uns in der SPK nicht konstruktiv verhalten. Von Seiten der Bürgerlichen wurde weder in der Kommission, noch bis heute kein einziger Antrag vorgebracht, der wirklich eine konstruktive Lösung gebracht hätte. Man negiert aus politischer Opportunität die rechtlichen Bedenken und tut so, wie wenn man mit einer Motion alles tun könnte. Beim nächsten Traktandum werden wir darauf zurückkommen.

Extrem absurd wird es dann, wenn man die Stellungnahme der FDP in der Zeitung liest, lieber Kollege Rohner. Es wird die Tatsache kritisiert, dass der SR keine Lösungsansätze für ein Gesamtpaket mit Massnahmen für (Zitat):

- *Verhinderung der Neuverschuldung*
- *Abbau der ungedeckten Schuld*
- *Deutliche Steuersenkung*
- *Erhebliche Erhöhung des Investitionsvolumens*
- *Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen*

vorlegt.

Wenn der SR sagt, er könne dies nicht tun, dann ist es wirklich so. Liebe FDP, es wäre ein Wunder, wenn dies funktionieren würde. Es käme einer "eierlegenden Wollmilchsau" gleich und unsere Gäste auf der Tribüne aus Zug könnten mit etwas Umsetzbarem nach Hause gehen. Wir haben jedoch keinerlei konkrete Vorschläge gehört, wie diese Dinge alle unter einen Hut zu bringen sind. Ausser den rechtlichen gibt es auch politische Gründe, warum wir nicht mit Herzblut zur Umsetzung dieser Motion beigetragen haben.

Diese Motion ist damals mit einer Mehrheitsstimme durchgekommen. Es ging nämlich in erster Linie darum, die Finanzreferentin madig machen und anzugreifen, was immer wieder aus der absurden Forderung seitens der FDP hervorgeht, diese Vorlage an die Finanzreferentin zurückzuweisen. Wir können keine Vorlage an ein Referat zurückweisen, sondern nur an den Stadtrat. Auch die SVP-Stellungnahme ist in ungebührlicher Weise noch während der Kommissionsberatungen an die Presse gelangt. Der zweite Grund ist ein finanzpolitischer, und zwar die finanzpolitische Weichenstellung für Steuersenkungen, Abbau der städtischen Dienstleistungen und eine Devestion der städtischen Liegenschaften. Dies sind Ziele, wo wir uns zurzeit überhaupt nicht finden können. Der Vorwurf, wir seien nicht konstruktiv und kreativ, ist vor diesem Hintergrund schlichtweg unhaltbar. Es sind politische Forderungen, die Sie zwar stellen dürfen und diskutiert werden können, aber bitte tun Sie nicht so, wie wenn *wir* verpflichtet wären, diesen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen.

Man darf den Leuten keinen Sand in die Augen streuen und behaupten, die von Ihnen geforderten Ziele wären miteinander vereinbar, wie zum Beispiel Steuern senken und gleichzeitig die Investitionen erhöhen. Die Finanzreferentin wird anschliessend in ihren Ausführung darauf zurückkommen, vor allem darauf, wie es um das Eigenkapitalkonto und die Investitionskraft dieser Stadt zurzeit steht. Wir haben andere finanzpolitische Prioritäten. Nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis. Wir werfen Ihnen Ihre Prioritäten auch nicht vor.

Wir setzen unsere Priorität in der heutigen Situation auf Investitionen und nicht auf die Reduktion des Steuersubstrates und eine Verschlechterung der Ertragslage dieser Stadt, die einen riesigen Investitionsstau hat, den wir unbedingt angehen müssen, sei es bei den Altersheimen, den Schulen, bei den Strassen, das haben wir beim Vorstoss von Edgar Zehnder gesehen.

Um als Wohnort und Werkplatz attraktiv zu sein, brauchen wir dringend höhere Investitionen, welche wir mit einer Verschlechterung der Ertragslage bei den Steuern gefährden. Ich verweise Sie auf den freisinnigen Finanzreferenten der Stadt Zürich, der gestern in der Zeitung genau diese Zielsetzungen kommuniziert hat. Die Stadt Zürich ist gleicher Meinung wie wir. Sie verfügt allerdings über eine wesentlich

besser dotierte Investitionskraft als die Stadt Schaffhausen.

Wir wollen keinen Leistungsabbau gegenüber der Bevölkerung. Wir erwarten weiterhin Ihre Vorschläge und sind bereit, konstruktiv darüber zu diskutieren, wo Sie kürzen wollen. Wir wehren uns allerdings dagegen, die städtischen Liegenschaften im grossen Stil zu verscherbeln. Wo es sinnvoll erscheint, sind wir kooperativ und kompromissbereit, aber nicht flächendeckend.

Abschliessend möchte ich noch zum Vorwurf des SPK-Präsidenten an meine Adresse Stellung nehmen. Du wirfst mir vor, ich hätte 2001 während meiner Amtszeit als Ratspräsident eine Motion Eurer Seite in den Rat gebracht, die ich eigentlich gar nicht in den Rat hätte bringen dürfen, wenn ich diese nicht als motionswürdig betrachten würde. Die Geschäftsordnung regelt ganz klar, dass der Ratspräsident keinerlei Kompetenzen hat, eine eingereichte Motion nicht ins Plenum zu bringen. Dies macht weder ein kantonales, noch ein nationales Parlament bei Bedenken bezüglich Umsetzbarkeit und rechtlicher Zulässigkeit. Das Plenum muss entscheiden, und unser Plenum hat damals die Zulässigkeit entschieden. Dies haben wir alle zu akzeptieren.

Meine Meinung muss ich deshalb nicht ändern. Ich betrachte die Motion weiterhin als nicht umsetzbar. Der Vorwurf sticht ins Leere. Ich stelle mir das Geheul vor, wenn wir damals die Motion nicht ins Parlament gebracht hätten.

Ich habe keine Angst vor einer Rückweisung dieser Vorlage. Die Vorlage, beziehungsweise die Motion, ist auch nach dieser Rückweisung nicht umsetzbar. Seien wir doch ehrlich und geben zu, dass es diese „eierlegende Wollmilchsau“ nicht gibt. Deshalb verzichten wir auf den Einsatz einer weiteren Kommission. “

### **Christian Hablützel (SP)**

### **Votum**

”Materiell gesehen ist alles gesagt, daher werde ich keine weiteren Kommentare abgeben. Trotzdem möchte etwas zum “Klimatischen” sagen. Ich bin jetzt doch ein wenig erstaunt, wie dünnhäutig sich die bürgerliche Seite zeigt, wenn sie numerisch in einer Kommission unterliegt. Sie haben jederzeit im Rat die Möglichkeit, das Thema zu Abstimmung zu bringen, dazu bedarf es keiner kollektiven Schelte.

Meiner Ansicht nach sind die politischen Beratungen in der Kommission sehr gut gelaufen, obwohl wir auch nicht gerade glücklich waren, was unsererseits auch mehrmals deutlich kommuniziert wurde. Am Schluss haben wir den Anträgen des Stadtrates auch nicht zugestimmt und unser Angebot, bei einer seriösen Zukunftsplanung dieser Stadt Hand zu bieten, vorgebracht. Zu diesem Wort stehen wir auch weiterhin.

Im Bezug auf die vom Kommissionspräsidenten gemachte Bemerkung, ihm missliebige Kommissionsmitglieder auszutauschen, möchte ich an dieser Stelle klar zum Ausdruck bringen, dass damit meine demokratische Toleranz wirklich am Rande der Erschöpfung angelangt ist. Auch wenn Sie unterliegen, bitte ich Sie, nicht mit durchgebrannten Sicherungen ans Rednerpult zu treten. Ich hoffe trotzdem auf weiterhin konstruktive Debatten. “

### **Alfred Zollinger (SVP)**

### **Votum**

”Auch ich möchte die Diskussion nicht noch weiter ausbauen. Für mich war diese

Kommissionsarbeit katastrophal. Es war ein purer Grabenkampf, der sachliche Inhalt stand überhaupt nicht mehr im Vordergrund. Es ging einzig und allein darum, die Motion "Gesunde und attraktive Finanzen" schnellstmöglich vom Tisch zu wischen. Der Wille, auf die Strategie mit Blick auf die Zukunft einzugehen, war nicht vorhanden. Das Wort Strategie wurde verschiedentlich falsch interpretiert. Für mich persönlich gibt es nur ein Nichteintreten, eine Rückweisung an den Stadtrat. Die Motion muss weiterhin aufrecht erhalten bleiben.

Mein Vorschlag lautet dahingehend, wenn ein Nichteintreten zustande käme, könnte anlässlich einer Diskussion mit den Fraktionspräsidenten, welche scheinbar stattfinden, die Richtung ausgelotet werden und ein Massnahmenpaket entstehen, welches die Grundlage für zukünftige Verhandlungen bietet. Es können keine fertigen Lösungen erwartet werden, diese müssen *gemeinsam* diskutiert und erarbeitet werden, unter Berücksichtigung der vorhandenen sehr unterschiedlichen Standpunkte. Wenn keine Diskussionsgrundlagen vorliegen, können keine Diskussionen stattfinden. Es kann auch kein Weg für die Zukunft gefunden werden. "

### **Dr. Raphaël Rohner (FDP)**

### **Votum**

"Peter Neukomm - seines Zeichens wie ich Jurist - kapriziert sich an jeder Kommissionssitzung und in letzter Zeit auch anlässlich der Ratssitzungen bei Vorstössen, die ihm nicht ins politische Konzept passen, zu behaupten, diese seien nicht motionswürdig. Wir sind in einem Gemeindeparlament, und diese formale Abgrenzung, ob motionswürdig oder nicht, möchte ich einmal noch von Ihnen juristisch sauber begründet erklärt erhalten. Dieses Thema ergäbe eine interessante Diskussion.

Wir haben gemäss Art. 25 lit a der Stadtverfassung die Aufsicht und die Verantwortung über den städtischen Finanzhaushalt, welche wir im Rat ja auch wahrnehmen wollen.

Ich knüpfe an den vom GPK-Präsidenten Zollinger gemachten Aussagen an. Wer mir zugehört hat, hat diese bereits vorher schon gehört. Wir wollen uns dieser Verantwortung im Rat nicht entziehen, sondern wir sind bereit, selbst bei einem Nichteintreten und bei einer Rückweisung an den Stadtrat mitzuwirken.

Ich habe vor einigen Wochen bereits eine kleine Anfrage zu Strategiegesprächen eingereicht, weil ich genug von den Grabenkämpfen anlässlich der Ratssitzungen habe, und wir in den wesentlichen Fragen dieser Stadt vorwärts kommen müssen. Dazu gehört, dass man nicht zuerst sagt, wir sind dabei und nachher nicht mitmacht.

Es ist sehr wohl auch klar, dass wir kaum im Rat - nachdem in der SPK eine Lösung nicht möglich war - über Strategiedetails und Massnahmen diskutieren können. Die linke Ratsseite hat bereits mehrfach bei entsprechenden Anträgen in anderen Geschäften seitens der bürgerlichen Seite moniert, dass solche Diskussionen in den jeweiligen Spezialkommissionen zu führen seien.

Etwas ist sehr deutlich und wurde bereits von Kollege Schlatter auf den Tisch gelegt: Unsere Haltung ist eine andere, was ich hier auch nochmals betonen möchte. Mir scheint die Absicht, die wir im Hinblick auf das Gedeihen unserer Stadt haben, relativ wichtig zu sein. Wenn wir Investitionen tätigen wollen, brauchen wir dazu eben auch die entsprechenden Moneten.

Soviel sollten Sie, Kollege Neukomm, unterdessen auch wissen, dass mir, wenn ich ein Gesamtpaket an Massnahmen mit summarischer Aufzählung aller Einzelpunkte fordere, natürlich auch bewusst ist, dass nicht alles auf einmal realisiert werden kann und soll. Da ich unter anderem auch am kantonalen Sanierungspaket mitarbeite, weiss ich durchaus, in welchen Schritten eine Projektplanung gemacht werden muss, damit anschliessend die Zielsetzungen stufen- und zeitgerecht durchgeführt werden können. Da können Sie mir vertrauen. Ein solcher Dilettant bin ich auch wieder nicht, selbst wenn ich ab und zu im Rat zuviel rede. Politischer Schaden, wie von Herrn Schlatter in seinem Votum angeführt, wird wohl kaum entstehen, wenn man dafür schaut, dass die Finanzen im Lot sind und seiner Verantwortung, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier gemäss Art. 25 der Stadtverfassung zukommt, eben auch nachkommt.

Es ist auch mir klar, dass Steuersenkungsanträge in den Budgetdebatten erfolgen müssen. Immer wieder erfolgte in der Vergangenheit bei Anträgen auf Streichungen oder Steuerfussenkungen die Kritik, es liege keine konkrete Strategie vor. Jetzt wollen wir diese Strategie festlegen und Sie sind ebenso wieder dagegen. Ich fordere Sie auf und lade Sie ein, zusammen mit der Finanzreferentin, dem Stadtrat und mit uns dafür zu sorgen, dass die zweite Vorlage von uns allen getragen wird. Schliesslich haben wir auch einen diesbezüglichen Wählerauftrag. “

### **SR Veronika Heller**

### **Stellungnahme des Stadtrates**

”Es ist historisch interessant, dass Zug ausgerechnet heute hier ist. Wenn nicht der Kanton Schaffhausen vor gut 50 Jahren die unglückliche Idee gehabt hätte, das Steuerprivileg der Holdinggesellschaften aufzuheben, hätten wir wahrscheinlich heute etwas mehr Geld und müssten nicht so stark streiten.

Das Geschäft, das Sie heute auf Ihrer Traktandenliste haben, ist ein schwieriges, was sich in den SPK-Sitzungen entsprechend erwiesen hat. Ich habe in den SPK-Sitzungen die Haltung des Stadtrates noch einmal erläutert. Es war mir wichtig, dass die Kommissionsberatungen unter das Gebot der Sachlichkeit gestellt werden. Der Kommissionspräsident hatte mir dies zugesichert und sich auch daran gehalten. Dafür bin ich ihm und ist ihm der Stadtrat dankbar.

Nach wie vor haben die Legislatorschwerpunkte 2005-2008 des Stadtrates aus der Klausurtagung vom 18. und 19. Januar 2005 für den Stadtrat Gültigkeit. Was die Finanzen anbetrifft, heisst das, dass der Haushalt im Gleichgewicht und die Investitionsfähigkeit verbessert sind.

Beides erachtet der SR als Daueraufgabe. Der SR liegt damit richtig. Das haben zwei für den SR und das Parlament erfolgreiche Volksabstimmungen gezeigt, die stattfanden, nachdem die Motion am 15. Januar 2002 erheblich erklärt wurde, über die wir heute diskutieren:

- Steuerfussreferendum Frühjahr 2002
- Budgetreferendum Frühjahr 2005

Die Rollenverteilung auf staatlicher Ebenen erscheint nach den bisherigen Diskussionen des GrSR zwar noch nicht unbedingt geklärt, doch soll grundsätzlich der GrSR politisch-strategische Vorgaben machen, und der SR diese strategischen Vorgaben, zusammen mit der Verwaltung, umsetzen.

Wichtig und unerlässlich bei den politisch-strategischen Vorgaben ist jedoch, dass

diese den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Bei der Beratung der Motion Wullschleger am 15. Januar 2002 hat der Stadtrat die Meinung vertreten, die Motion verlange vom Stadtrat die *Quadratur des Kreises*. Das als solches längst erkannte Problem könne die Exekutive jedoch aufgrund des engen finanziellen Spielraumes nicht lösen.

Im Laufe der Kommissionsberatungen habe ich nochmals versucht, die vier verschiedenen Forderungen der Motion im Einzelnen zu erläutern und zu erklären, weshalb jede einzelne dieser Forderungen und deshalb auch die Motion als Ganzes nicht erfüllbar sind.

Zu den einzelnen Forderungen:

1. Möglichkeiten zur weiteren Senkung der Steuerlast:

Auf Gemeindestufe steht dafür, im Gegensatz zum Kanton, ausschliesslich das Instrument des Steuerfusses zur Verfügung. Dies aber nur in Verbindung mit dem Budget, dessen Resultat bekannt sein muss, um den Steuerfuss festzusetzen. Das Parlament kann dies jährlich tun.

2. Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung:

Dies würde bedingen, dass das Parlament sich einig wird, wiederkehrende Ausgaben zu reduzieren und sich mit jeder Investitionsvorlage zu fragen, ob diese zu Neuverschuldung führt. Da das Eigenkapital der Stadt im Vergleich zum Jahresetat mit rund 2% sehr gering ist, gibt es hier keinen grossen Spielraum.

3. Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld:

Bedingung hierfür wären anhaltend positive Rechnungsabschlüsse, die das Eigenkapital erhöhen.

4. Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Verwaltungskosten in der Grössenordnung von 10 % zu reduzieren

Seit 1998 hat der Stadtrat das Kader der Verwaltung zweimal reduziert, von ehemals 95 Kadermitgliedern zu heute 20 Bereichsleitungen. Diese Strukturreform wird sich mittelfristig, voraussichtlich in der nächsten Legislaturperiode, positiv auswirken. Im Rahmen der Kommissionsarbeit wurden dann weitere Unterlagen verlangt, zu denen ich als Vertreterin des Stadtrates wie folgt Stellung genommen habe:

*Devestitionsplanung: Es ist zu heikel, diese als Paket im Detail öffentlich zu machen. Land- und Immobiliengeschäfte sind meistens Verhandlungssache. Es ist nicht zuträglich, wenn die Werte (vorzeitig) öffentlich gemacht werden – wenn es sich vermeiden lässt. Das Parlament könnte aber z.B. festsetzen, wie viel Entlastung des städtischen Haushaltes mit Devestitionen zu erreichen sei.*

*Finanzplan: Die grössten Beträge kommen aus der Investitionsrechnung. Diese sind bis 2009 aktualisiert. Unter anderem war mit einer Neuerstellung gewartet worden, wegen der WoV-Vorlage, der damit verknüpften Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie dem IAFP (Integrierter Aufgaben- und Finanzplan). Wegen der gescheiterten kantonalen WoV-Vorlage besteht hier eine neue Ausgangslage. Der Finanzplan muss wieder umgebaut werden.*

In der Zwischenzeit hat der SR beschlossen, den Finanzplan nach bisherigem Muster parallel zum Budget 2007 neu zu erstellen.

*NFA: Die Vorlage „Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007“ ist auf zwei Jahre beschränkt, da es derzeit keine verbindlichen Angaben bezüglich NFA gibt. Diese werden vom Kanton nicht herausgegeben, solange sie noch nicht durch den Regierungsrat verabschiedet worden sind.*

Die Mitteilung des Regierungsrates kaum 24 Stunden seit der Versammlung des Stadtrates lautet wie folgt: *Wir haben noch keine Zahlen dazu.*

Die Mitglieder der SPK konnten sich dann leider nicht darauf einigen, die Beratungen allenfalls bis zum Vorliegen der Ergebnisse der NFA zu sistieren. Dazu muss man wissen, dass diese Ergebnisse – soweit sie die Gemeinden tangieren – weitgehend von der innerkantonalen gesetzlichen Regelung abhängen werden, die sich auf die Vorgaben des Bundes abstützt. Wie immer, haben die Kantone dabei jedoch einen erheblichen Gestaltungsspielraum. Dieser ist – wie eigentlich immer – auf kantonaler Ebene nun einmal sehr viel grösser als derjenige der Gemeinden.

Mit der Vorlage „Perspektiven finanzielle Entwicklung“ unterbreitet der SR dem Parlament den Vorschlag, eine Optimierungsvorlage mit vier Schwerpunkten auszuarbeiten. Sie haben bereits gehört, dass die SPK diesen Vorschlag mit 11 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt hat.

Was nun?

Verschiedene Beispiele zeigen, dass es überall dort sehr gut läuft, wo die Exekutive und das Parlament am gleichen Strick ziehen, wie zum Beispiel in den Städten Winterthur und Zürich. Es ist zu hoffen, dass sich das in der Stadt Schaffhausen in absehbarer Zeit auch realisieren lässt, obwohl dies nach der heutigen Debatte noch längere Zeit ein frommer Wunsch bleiben wird.

Zur Finanzpolitik hatten wir seit dem Jahre 2001 verschiedene Vorstösse. Einer der letzten war die Kleine Anfrage Dr. R. Rohner (FDP): *Devestition von Baurechtsgrundstücken der Stadt Schaffhausen.*

In der Antwort des Stadtrates wurde ausgeführt, dass die Frage der Devestition entbehrlicher Liegenschaften ein Schwerpunkt dieser Vorlage (Perspektiven finanzielle Entwicklung) bilde, dass der Stadtrat jedoch nicht primär auf die Baurechtsgrundstücke, sondern generell auf die im städtischen Besitz stehenden Liegenschaften ziele, dass eine separate Vorlage nicht vorgesehen sei und dass sich der Stadtrat mit dieser Vorlage einen klaren Auftrag, in welche Richtung er weiterarbeiten soll, wünsche.

Nun, dieser Auftrag von Seiten der SPK liegt nicht vor. Implizit kann den Diskussionen der SPK allenfalls noch entnommen werden, dass eine Objektsteuer unter keinem Titel in Frage kommt.

Der SR will nach wie vor eine starke Stadt, die die Anforderungen an den urbanen Raum – ihrer Grösse entsprechend – wahrnehmen kann. Ob die vom Stadtrat in der Klausurtagung des Jahres 2000 diskutierte und 2002 beschlossene Drittelsregelung, die ebenfalls Eingang in die Vorlage gefunden hat, vom Parlament schliesslich unterstützt werden wird, ist offen.

Um was geht es dabei? Wenn es Überschüsse gibt, dann möchte der SR ein Drittel zukunftsgerichteten Investitionen widmen. Es gibt eine ganze Reihe von

Wünschen wie zum Beispiel:

- Sanierung Röti, die bald abgeschlossen ist.
- Sanierung KBA Hard, wo keine finanziellen Mittel der Gemeinden nötig sind.

Offene Investitionen:

- Herrenackerneugestaltung/Museum/Attraktivierung Rheinufer/IGA 2017
- Erschliessung Bleiche (Vorinvestitionen Stadt?)
- Sanierung Kindergärten/Turnhallen/Schulen
- Wunsch nach verschiedenen Sportstätten
- Devestition entbehrlicher Liegenschaften, deren Einnahmen in den Landkredit zurückfliessen und neue Investitionen ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Rechnung 2005 hat die GPK eine Zusammenstellung erhalten, die aufzeigt, dass die Stadt in den letzten 10 Jahren bei den Investitionen, die je über Fr. 1 Mio. liegen, total Fr. 148 Mio. investiert hat.

Keine übermässigen Schulden und damit erwünschter Schuldenabbau bilden den zweiten Punkt der Drittelsregelung. Auf dem Hintergrund der 90er-Jahre ist das nicht so einfach. Die damalige antizyklische Investitionspolitik zeitigt Folgen, denn das „Gegenstück“, der Aufschwung blieb – im erforderlichen Ausmass – bisher aus.

Der dritte Punkt der Drittelsregelung bildet die kantonale sowie kommunale steuerliche Entlastung. Im Jahre 2005 wurden die Kinderabzüge erhöht, im laufenden Jahr wird das Ehegattensplitting zu Ausfällen von rund Fr. 3 Mio. führen.

Es darf dabei nicht vergessen werden, dass eine einmal beschlossene Reduktion des Steuerfusses in Schaffhausen nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Der dafür eingesetzte Einnahmenverzicht muss längerfristig und damit nachhaltig ebenfalls gedeckt werden können.

Vor dem Hintergrund der Aussicht auf einen positiven Abschluss der Jahresrechnung 2005 hat der Stadtrat an seiner Klausurtagung von Mitte März dieses Jahres in Mammern folgendes bekräftigt: (Zitat aus der Medienmeldung vom 15. März 2006)

*Finanzielle Perspektiven erlauben Drittelsregelung*

*Die Rechnung der Stadt Schaffhausen wird voraussichtlich relativ gut abschliessen. Der Stadtrat beabsichtigt, den gewonnenen finanziellen Spielraum je zu einem Drittel für den Schuldenabbau, für nachhaltige Investitionen sowie für den massvollen Abbau der Steuerbelastung einzusetzen. Die bisher vorliegenden Rechnungszahlen 2005 zeigen eine leichte Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen. Der Stadtrat sieht vor, den verbesserten finanziellen Spielraum gleichmässig für den Schuldenabbau, für nachhaltige Investitionen und für den Abbau der Steuerbelastung einzusetzen. Ziel ist eine schrittweise Reduktion des Steuerfusses in den kommenden Jahren um jährlich je einen Prozentpunkt. Dies unter der Voraussetzung, dass die Steuererträge stabil bleiben und die im Rahmen des Finanzausgleiches zur Diskussion stehende teilweise Abgeltung der erheblichen Zentrumslasten der Stadt Schaffhausen realisiert werden kann.“ (Ende Zitat)*

Das Ziel des Stadtrates ist eigentlich klar. Sind die genannten Voraussetzungen, das heisst:

- weiterhin stabile Steuererträge,
- teilweise Abgeltung der Zentrumslasten (in der von der Arbeitsgruppe „Gemeinden“ verabschiedeten Grössenordnung) sowie
- kein Konjunkturunbruch

erfüllt, können in den nächsten fünf Jahren sukzessive

- die Schulden abgebaut,
- zukunftsfähige Investitionen getätigt und
- der Steuerfuss bis auf 103 Punkte reduziert werden.

An der letzten SPK, die nach der SR-Klausur stattfand, wurde zu diesen Zielvorstellungen (siehe Seite 9 der Vorlage) keine einzige Frage gestellt.

Im Hinblick auf das Budget 2007 hat der Stadtrat am letzten Freitag an der Bereichsleitertagung auch das Kader entsprechend informiert. Ziel ist ein Budget 2007 mit einem Überschuss in der Laufenden Rechnung von rund Fr. 3 Mio., die nach der Drittelsregelung eingesetzt werden, das heisst rund je

- Fr. 1 Mio. für den Schuldenabbau
- Fr. 1 Mio. für zusätzliche Investitionen
- Fr. 1 Mio. für die Senkung des Steuerfusses um einen Punkt.

Das entspricht einer nachhaltigen Finanzpolitik, die – sollten die Voraussetzungen einmal nicht erfüllt sein – auch eine kurzfristige Korrektur erlauben. Das bedingt aber auch, dass weder die Verwaltung, noch das Parlament „über die Stränge“ schlagen.

Mit Blick auf die Jahresrechnung 2005 kann festgestellt werden:

Der SR hat sein oberstes Ziel der Finanzpolitik, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt „erreicht“.

Die Rechnung 2005 der Stadt Schaffhausen zeigt das in den wesentlichen Aspekten gut. Nicht nur die Laufende Rechnung schliesst positiv ab, auch die Gesamtrechnung. Die ungedeckte Schuld konnte um rund 10 % reduziert werden. Die Kennzahlen sind alle positiv. Dies verdankt die Stadt vor allem den höheren Steuereinnahmen der juristischen Personen.

Dennoch, der Ausdruck „erreicht“ zeigt lediglich ein Etappenziel auf und heisst überhaupt nicht, dass nun in die Ruhestellung auf Lorbeeren übergegangen werden kann. Das ist und bleibt eine Daueraufgabe eines jeden Staatswesens – und auch jedes einzelnen Mitarbeiters der Stadt Schaffhausen.

Ein guter Abschluss ist *nie* die Leistung einer einzelnen Person.

Schwierig bleiben die Prognosen zur Konjunktur. Zola hatte bereits im vorletzten Jahrhundert mehr als Recht mit seinem Roman „Das Geld“. Auf jedes Hoch an der Börse folgt unweigerlich auch immer wieder ein Tief. Den richtigen Zeitpunkt kennt man aber immer erst im Nachhinein.

Die beiden wichtigsten Stichworte dazu sind im Moment: Ölpreis und Zinsniveau.

Schliesslich dürfen wir die Rahmenbedingungen nicht vergessen:

Beim Kanton:

- "sh.auf"
- Diverse Entlastungsprogramme
- Finanzausgleich NFA – Umsetzung auf kantonaler Ebene

Beim Bund:

- Diverse Entlastungsprogramme
- NFA

Der Stadtrat macht sich keine Illusionen: Die Vorlage wird heute so umstritten sein, wie es im Januar 2002 die Motion war, die mit einer Mehrheit von nur einer einzigen Gegenstimme erheblich erklärt worden ist.

Der Ball liegt nun – wieder – beim Parlament. Nichteintreten bringt gar nichts, das bringt Sie nicht weiter und bringt die Stadt schon gar nicht weiter. Aber selbst dann, wenn Sie nicht eintreten und die Vorlage an den SR zurückweisen, müssen Sie sagen, was Sie eigentlich wollen, und zwar im Rahmen des gesetzlich Möglichen. Dasselbe können Sie aber auch mit einer allfälligen Änderung der Anträge bewirken.

Abschliessend möchte ich dem SPK-Präsidenten - wie bereits anfangs erwähnt - für die sachliche Führung des Geschäftes danken.

Namens des Stadtrates stelle ich Ihnen den Antrag, auf die Vorlage einzutreten, diese zu beraten und dann allenfalls entsprechende Aufträge zu erteilen. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass von zwei Fraktionen Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

#### **ABSTIMMUNG:**

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit **25 : 18 Stimmen Nichteintreten** auf die Vorlage des Stadtrates vom 13. September 2005. Somit ist diese Vorlage an den Stadtrat zurückgewiesen.

**Das Traktandum ist erledigt.**

**Dr. Raphaël Rohner (FDP)** stellt den Antrag auf Nichtabschreiben und Aufrechterhaltung der Motion *Gesunde und attraktive Finanzen*.

Der **Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** macht beliebt, dass diese Frage aufgrund der bereits vorgerückten Stunde auf eine der nächsten Ratssitzungen vertagt werden soll.

**Peter Möller (SP)** vertritt die Meinung, dass darüber anlässlich der Beratungen über den Bericht der hängigen Motionen debattiert werden sollte. Es habe ja keine Abstimmung bezüglich Abschreiben oder Nichtabschreiben der Motion stattgefunden.

Der **Ratspräsident** erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden und führt an, dass das Büro des Grossen Stadtrates sowie die Geschäftsprüfungskommission darüber befinden und eine vernünftige Grundlage zu einer weiteren Debatte im Grossen Stadtrat erarbeiten sollten. Dr. Paul Bösch (OeBS) wehrt sich gegen eine voreilige Entscheidung, die unter Zeitdruck gefällt

wird.

**Ernst Spengler (SVP)** führt die Geschäftsordnung an, wonach der Rat das Recht hat, eine Motion nicht abzuschreiben. Dieser Antrag sei ja bereits gestellt worden.

### **SCHLUSSWORT DES PRÄSIDENTEN**

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion teilt mit, dass per sofort GrSR Alfred Zollinger die Leitung des Fraktionspräsidiums aufgrund des Rücktrittes aus dem Grossen Stadtrat von Christian Meister (SVP) übernimmt.

Die SPK *Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen - Anerkennung des Halbtaxabonnements* setzt sich wie folgt zusammen:

OeBS/EVP:	Alfons Cadario
SP/AL:	Urs Furer, Mehmet Ertogrul, Urs Tanner
SVP/JSVP/EDU:	Hanspeter Meier, Werner Schöni, Josef Eugster
FDP/JFDP/CVP:	Christian Bächtold, Walter Hotz

Die erste Sitzung wird am Montag, 29. Mai 2006, um 17.00 Uhr stattfinden.

Die Ratssitzung vom 23. Mai 2006 ist als Reservedatum eingetragen. Angesichts der nicht allzu grossen Traktandenliste wird diese Sitzung ausfallen.

Die nächste Ratssitzung findet somit erst am **6. Juni 2006** statt.

Der **Ratspräsident** beendet um 19:44 Uhr die Sitzung.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt